



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2014/2017
15. Sitzung	Donnerstag, 2. Juni 2016 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Ursula Haag, Präsidentin
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Ursula Spinnler Marco Küng
Anwesend	35 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Anton Meier
Entschuldigt	Felix Frischknecht André Kummer Christa Ochsner Marcel Schiesser Christoph Villiger
Ende der Sitzung	23.30 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2016/13	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	361
2	2016/17	Sanierung Spiel- und Begegnungsplatz Nüechtal, Verpflichtungskredit von CHF 26'800	365
3	2016/14	Rechnung 2015	367
4	2016/15	Rechenschaftsbericht 2015	373
5	2016/20	IT-Vorgehenskonzept Schule Obersiggenthal, Verpflichtungskredit von CHF 27'600	373
6	2016/18	Investitionsmassnahmen IT-Infrastruktur Gemeindeverwaltung a) Ersatz bestehende Storage, Verpflichtungskredit von CHF 48'000	375

		b) Ersatz bestehenden Switches, Verpflichtungskredit von CHF 21'000	
7	2016/19	Investitionsmassnahmen IT-Infrastruktur Gemeindeverwaltung	377
		a) Erschliessung Techn. Zentrum mit LWL, Verpflichtungskredit von CHF 16'000	
		b) Erschliessung Gebäude Gemeindesaal mit LWL, Verpflichtungskredit von CHF 35'600	
8	2016/16	Parkraumbewirtschaftung Obersiggenthal, Verpflichtungskredit von CHF 63'000	379
9	2016/22	Anfrage Fraktion SP/Grüne zur Parzelle 61, Markthof Schild-Ost	386
	2016/21	Markthof Schild-Ost, Ermächtigung an den Gemeinderat zum Verkauf der Parzelle 61	
10		Kreditabrechnungen	392
	2012/36	a) Ersatz Lichtsteuerung Gemeindesaal	
	2014/18	b) Sanierung Tobelstrasse, Strassenbau	
		c) Sanierung Tobelstrasse, Wasserversorgung	
		d) Sanierung Tobelstrasse, Kanalisation	
	2015/04	e) Spiel- und Begegnungsanlagen Grütt und Bachmatt	
11	2016/23	Postulat Anna-Katharina Hess betreffend Ausführungsrichtlinien Tromsberg. Erheblicherklärung (Der Gemeinderat ist bereit das Postulat entgegen zu nehmen)	393
12	2016/24	Postulat CVP-Fraktion betreffend Einführung einer Geschäftsleitung in der Verwaltung / Erheblicherklärung (Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen)	394
13	2016/25	Postulat Fraktion SP/Grüne betreffend Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden und Dritten / Erheblicherklärung (Der Gemeinderat ist mit Einschränkungen bereit, das Postulat entgegen zu nehmen)	395
14	2016/26	Umfrage	395

Ursula Haag, Präsidentin: Ich begrüsse herzlich zur 15. Einwohnerratssitzung. Ganz besonders freut uns, dass wir so viele Jugendliche begrüssen dürfen. Es ist lobenswert, dass Ihr jungen Leute Euch heute an der Einwohnerratssitzung eingefunden habt. Wir hoffen, dass wir Euch heute zeigen können, wie direkte Demokratie funktioniert. Weil wir ein Parlament sind, müssen wir Ratsmitglieder uns gegenseitig hören und verstehen. Darum bitte ich die Zuschauer, ruhig dem Ratsbetrieb zu folgen.

Es haben sich folgende Ratsmitglieder für die heutige Einwohnerratssitzung entschuldigt: Frischknecht Felix, Schiesser Marcel, Villiger Christoph, Ochsner Christa, Kummer André. Es sind somit 35 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 18.

1 2016.13 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Ursula Haag: Zum **Formellen:** Ihr habt die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten. Ich beantrage folgende Traktandenänderung: Traktandum 8 wird als Traktandum 2 vorverlegt.

Abstimmung

Wer dem Antrag auf Änderung der Reihenfolge der Traktandenliste zustimmen möchte, solle dies bezeugen durch Handerheben. Dieser Antrag wird mit 35 Ja- zu 0 Nein-Stimmen angenommen. Das Traktandum 8 wird als Traktandum 2 behandelt.

Christian Keller: Ich beantrage, dass bei Traktandum 9 die Reihenfolge 2016/21 Markthof Schild-Ost, Ermächtigung an den Gemeinderat zum Verkauf der Parzelle 61 und 2016/22 Anfrage Fraktion SP/Grüne zur Parzelle 61, Markthof Schild-Ost, geändert wird. So findet vor der Ermächtigung an den Gemeinderat die notwendige Diskussion statt.

Abstimmung

Wer dem Antrag auf Änderung der Reihenfolge unter Traktandum 9 zustimmen möchte, solle dies bezeugen durch Handerheben. Dieser Antrag wird mit 32 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Ursula Haag: Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 25. April 2016 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 17. März 2016 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Nachtragskredit von CHF 84'500 für die Modernisierung Abwasserbeseitigung; Genehmigung Verpflichtungskredit von CHF 423'900 für die Sanierung der Haustechnik in der Sporthalle; Genehmigung Verpflichtungskredit von CHF 710'000 für die Sanierung Schrägerweg; Ablehnung des Verpflichtungskredits von CHF 884'000 für die Sanierung Langgasse (Strasse, Wasser, Kanalisation).

Zu den **Mitteilungen: Dieter Martin, Gemeindeammann:** Ich gebe einen Ausblick auf die Traktandenliste der Einwohnerratssitzung vom 15. September 2016. Es geht um den Bericht der Arbeitsgruppe Finanzen und um Anträge im Zusammenhang mit der Schulraumplanung. Wir unterbreiten Ihnen den Kreditantrag „Gesamtplan Verkehr“, „Kommunaler Gesamtplan Verkehr“. Es geht um die Vertragsüberarbeitung im Zusammenhang mit der Holzschnitzelheizung. Wir geben Antwort auf das Postulat der SP/Grüne betr. Strahlenbelastung und wir geben eine Antwort auf das Postulat Urs Müller betr. Abklärung über eine engere Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Untersiggenthal.

Ich möchte Sie über das erste Quartiergespräch informieren, welches gestern Abend stattfand. Nussbaumen-Süd (Gässliacker-Quartier) war das erste Quartier, welches zu einem Quartiergespräch eingeladen wurde. Der Gemeinderat hat beschlossen, im Rahmen seiner Kommunikationsmassnahmen mit der Bevölkerung näher in Kontakt zu treten. Leider konnten wir aufgrund der schlechten Witterung das Quartiergespräch nicht im Gässliacker-Quartier durchführen, sondern wir haben den Ort des Quartiergespräches in den Gemeindesaal verlegt. Leider sind nur 30 bis 40 Personen erschienen. Doch die Anwesenden zeigten ein sehr grosses Interesse und schätzten das Quartiergespräch. Es haben sich angeregte Diskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinde entwickelt. Wir werden diese Gespräche nun auswerten und prüfen, was verbessert werden kann. Ich kann Ihnen einige Beispiele vom Gesagten wiedergeben: Thema OASE; Verkehrssituation Tunnel Martinsberg; mehr Lastwagenverkehr; Fragen zu Einbürgerungen; Hinweise auf mangelnde Sicherheit auf und bei Spielplätzen.

Ich möchte Sie informieren, dass am letzten Freitagabend der überarbeitete Gestaltungsplan zum Schild-Ost eingereicht wurde. Ich möchte etwas sagen zur Personalsituation bei der Gemeindeverwaltung: wir stellen fest, dass wir insbesondere jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht so lange halten können wie früher. Die lohnmassigen Entwicklungsmöglichkeiten sind begrenzt. Bei Wechseln stellen wir fest, dass der Arbeitsmarkt sehr ausgetrocknet ist, dementsprechend werden wir mit Lohnforderungen konfrontiert. Eine Information zur OASE: zurzeit läuft die öffentliche Anhörung. Der Gemeinderat nimmt dazu Stellung und bringt Befürchtungen unsererseits und von der Bevölkerung entsprechend zum Ausdruck. Parallel dazu wird der Gemeinderat zusammen mit den Siggenthaler Gemeinden ebenfalls eine gemeinsame Stellungnahme zuhanden des Kantons erarbeiten. Wir haben ein Mail bekommen betr. der elektronischen Zurverfügungstellung von zusätzlichen Unterlagen an die Einwohnerräte. In der vergangenen Woche wurden die Unterlagen den Einwohnerratsmitgliedern online zur Verfügung gestellt, allerdings ohne zusätzliche Informationen, dies wurde von Erich Schmid festgestellt. Das war ein Fehler unsererseits und dafür entschuldigen wir uns. Je nach Projekt erweist sich die Aufbereitung als sehr aufwändig bzw. ist gar nicht machbar. Wir haben es auch schon erwähnt, Pläne, grössere Berichte, Rechnungen etc. können nicht online zur Verfügung gestellt werden. Unter anderem fehlen auch die Infrastruktur für die grösseren Sachen und die Ressourcen für solche Aktionen. In Einzelfällen muss auch beachtet werden, dass Datenschutzbestimmungen berücksichtigt werden müssen, denn jede Offerte ist grundsätzlich ein Geschäftsgeheimnis und kann nicht online bereitgestellt werden. Im Moment empfehlen wir, dass das Thema „elektronischer Datenzugriff für die Einwohnerräte“ vom Ratsbüro auf die Machbarkeit neu beurteilt werden soll.

Franziska Grab, Vizeammann: Wie Sie aus der Presse bereits entnehmen konnten, hat Untersiggenthal zur Abklärung für eine engere Zusammenarbeit und Fusion der Feuerwehren einen abschlägigen Bescheid gegeben. Deshalb werde ich heute Abend kurz mündlich informieren, weil aus der Presse ja bereits eine Antwort seitens der Gemeinde Untersiggenthal veröffentlicht wurde. Im Gespräch mit der AGV, das ist die Aargauische Gebäudeversicherung, wurden wir mit folgender Antwort bedient: Im Jahr 2006 ist durch die AGV das Rationalisierungspotenzial für die Feuerwehren Unter- und Obersiggenthal als voll ausgenutzt festgehalten worden. Massgebend dazu sind die geltenden Leistungsnormen, das heisst X plus 10, das heisst ab einem Stützpunkt muss in 10 Minuten der äusserste Zipfel der Gemeinde erreichbar sein. Das Rationalisierungspotenzial ist gemäss der AGV auch heute voll ausgenutzt. Das führte auch dazu, dass vom AGV jeweils der maximale Subventionsertrag bei Anschaffungen

ausbezahlt wird. Durch die Problemstellung Siggenthal-Station, Steinenbühl und Hertenstein ist ein einziger Magazinstandort für beide Gemeinden nicht ausreichend und es müssten zwei Magazinstandorte aufrecht erhalten bleiben, somit auch zwei TLF. Eine erneute Überarbeitung „Überprüfung“ macht gemäss Andres Fahrni, Leiter der AGV-Instruktoren Korps, durchaus Sinn. Es gibt im Kanton Aargau einige fusionierte Feuerwehren mit zwei Magazinstandorten. Das AGV wäre auch bereit gewesen, bei der Arbeitsgruppe mitzuwirken und das Machbare zu prüfen. Die Gemeinde Untersiggenthal hat zur Anfrage für die Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe wie folgt Stellung bezogen: Mit dem Antwortschreiben vom 27. April 2016 nehmen Frau Gemeindeammann Marlène Koller und Gemeindegeschreiber Stefan Abegg Stellung zur Anfrage. Zu unseren Abklärungen hat sich ein Bild ergeben, welches zusammenfassend festhält, dass gemäss der geltenden Beurteilung der AGV beide Organisationen die Rationalisierungspotenziale voll ausgenutzt haben und seitens AGV kein Druck hinsichtlich einer Fusion bestehe. Aufgrund der Summe der erhobenen Fakten kommen wir zum Schluss, dass wir gerne mit Untersiggenthal über gemeinsame Projekte nachdenken und auch realisieren. Im vorliegenden Fall jedoch der Start und Aufwand in dieser Thematik mit einer speziellen Arbeitsgruppe für uns wenig Sinn macht. Da bereits zur Beginn der Verhandlungen klar erscheint, dass wenig direkter oder indirekter Nutzen für beide Gemeinden entsteht. Fazit daraus ist, dass kein Rationalisierungspotenzial auf Seite AGV vorhanden ist, was von Anfang an klar und auch nicht der Beweggrund dieser Anfrage war. Eine fusionierte Feuerwehr kann auch mit zwei Magazinstandorten betrieben werden. Da die Gemeinde Untersiggenthal zum heutigen Zeitpunkt keinerlei Interesse zeigt, das Vorhaben weiter zu verfolgen, werden im Moment keine weiteren Abklärungen getroffen. Der Bericht wird im September 2016 schriftlich abgegeben, damit diejenige Person, welche das Postulat einreichte, dazu Stellung nehmen kann.

Ich informiere nun über das Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal mit einem Zwischenbericht Wintersauna 2015/16. Ausgangslage: Die Wintersauna konnte nach 5-wöchiger, intensiver Bauzeit pünktlich auf den „Tag der offenen Saunatur“ am 22. November 2015 einem begeisterten Publikum vorgestellt werden. Die Bautätigkeiten wurden von der gemeindeinternen Abteilung Bau und Planung professionell durch den Leiter von Planung und Umwelt Herr Thomas Kuster begleitet. Die einzelnen Bauphasen verliefen dank dem anhaltend schönen Herbstwetter und dem grossen Einsatz der Mitarbeitenden termingerecht und ohne nennenswerte Probleme. Ziele: Aus baulicher Sicht konnte alles wie geplant realisiert werden. Wir bieten unseren Gästen ein in der Region einmaliges Saunaerlebnis in freier Natur. Die Attraktivität des Hallen- und Gartenbades konnte durch die sehr schöne und gut funktionierende Wintersauna gesteigert werden.

Die wirtschaftliche Absicht, mit der Wintersauna die Betriebskosten des Hallen- und Gartenbades zu senken, kann nach nur fünf monatiger Betriebszeit noch nicht exakt beantwortet werden. Hingegen konnten die Ziele einer besseren Auslastung schon vorhandener Infrastruktur und das Erwirtschaften von Mehreinnahmen ohne zusätzliches Personal erreicht werden.

Wir betrachten es als normal, dass bei einer Neueröffnung die angestrebte Besucherfrequenz von 4'875 Gästen (bei 7,5 Monaten Betriebszeit) nicht auf Anhieb realisiert werden konnte. Erfreulicherweise konnten jedoch die erhofften Tagesziele von 15 bis 25 Gästen mehrmals erreicht werden. Erste Ergebnisse: Vom 23. November 2015 bis 30. April 2016 besuchten 1814 Saunagäste die Winter Sauna. Daraus resultieren Einnahmen von CHF 33'287.- Bisherige Aktivitäten: Als erste Marketing-Massnahme wurden ein Logo und eine Homepage zur Wintersauna erstellt. Im Januar wurde zusätzlich eine Winter Sauna-Broschüre gedruckt. Diese wird an prominenten Stellen wie Arztpraxen, Geschäften, Gemeindehäuser etc. aufgelegt und den Neuzuzüger-Informationen von Ober- und Untersiggenthal beigelegt. In bescheidenem Rahmen wurde auch in den Plakatschaukästen der Gemeinde Obersiggenthal und mit einzelnen Inseraten in der Rundschau geworben.

Mit bis zu 36 Besuchern konnten die Samstagabende als Erfolg gewertet werden. An diesen war die Sauna bis 23 Uhr geöffnet. Erkenntnisse:

- Die Saunagäste sind von der Wintersauna absolut begeistert - die Resonanz ist durchwegs positiv.

- Die Reinigung und der Unterhalt der Anlage kann problemlos durch die Badmeister bewältigt werden.
- Erste Erfahrungen zeigten, dass die Sauna-Anlage und die Nichtschwimmerbecken auch bei Minustemperaturen erfolgreich betrieben werden können.
- Durch den ganzjährigen Betrieb der Wasseraufbereitungsanlage des Freibades entfällt im Frühling deren Inbetriebnahme, was sich technisch als enorme Erleichterung erweist – die Anlage bleibt warm und ununterbrochen unter Betriebsdruck!
- Erkenntnisse zu den Betriebskosten:
die Betriebskosten für den elektrischen Strom (Saunaofen, Bodenheizung Ruheraum, Beleuchtung und Beckenumwälzung) wurden im Projektbeschrieb unter Vollast auf CHF 25'150 berechnet.
Die Praxis zeigt nun eine um die Hälfte geringere durchschnittliche Erhöhung der Elektrizität von nur 10'500 kWh pro Monat.
Daraus ergeben sich für eine Betriebszeit von 7,5 Monaten Betriebskosten von CHF 12'450.
- Da die Wassertemperatur in den Tauchbecken(Nichtschwimmerbecken) sehr kalt und die Frequenz und Aufenthaltszeit der Saunagäste sehr klein ist, konnte kein relevanter Mehrverbrauch an Chlor und Frischwasserzusatz festgestellt werden.
- Weil die Freibad-Wasseraufbereitungsanlage nun ganzjährig in Betrieb ist, kann über die Badeabwasserneutralisation neu eine Einsparung von CHF 1'850 pro Jahr erzielt werden.

Geplante Aktivitäten: Zur Erreichung der im Projektbeschrieb angestrebten Besucherfrequenz wird die Wintersauna ab August 2016 neu beworben. Wir sind zurzeit an der Ausarbeitung eines Baugesuches für das Aufstellen einer Werbetafel beim Technischen Zentrum für unser Schwimmbad. Diese Tafel sollte jeweils mit den aktuellen Angeboten und Events aktualisiert werden wie zum Beispiel das 24 Grad warme Wasser im Sportbecken oder die Warmwassertage an den Sonntagen für die Kinder.

Ursula Haag: Ich übergebe Christian Keller das Wort für eine kurze, persönliche Erklärung gemäss § 39 Geschäftsreglement Einwohnerrat. Es findet nach dem Wort keine Diskussion statt.

Christian Keller: Ich habe beabsichtigt zusammen mit meiner Fraktion, eine Diskussion zu lancieren zum Thema OASE. Wir haben dann allerdings gesehen, dass dies aufgrund der vollen Traktandenliste schwierig wird. Darum haben wir uns entschieden, eine Petition aufzusetzen. Ich habe Ihnen diese vorgängig zugestellt, damit Ihr diese alle zur Kenntnis nehmen und Euch darüber eine Meinung bilden könntet. Die Petition läuft nun, und ich bitte Euch, diese ebenfalls zu unterzeichnen. Es geht darum, den Gemeinderat in seiner kritischen Haltung gegenüber dem Martinsbergtunnel zu unterstützen. Dieser Tunnel bedeutet für unsere Gemeinde einen grossen Schaden. Ich werde den Gemeinderat bitten, die Unterschriftenliste zusammen mit der Anhörungsantwort des Gemeinderates nach Aarau zu schicken. Somit sieht der Kanton, dass die Bevölkerung von Obersiggenthal den Tunnel nicht will.

Zum **Protokoll:** Das Protokoll der Sitzung vom 17. März 2016 wurde mit den Unterlagen zugestellt. Folgende Änderungen sind beim Ratsbüro eingetroffen: Seite 322, Inpflichtnahme Luca Erhart. Der Familienname Erhart schreibt sich mit „t“. Änderung von Josef Sieber auf Seite 335: „und auch von einem Experten prüfen lassen wie erwartet, würde diese Ausgabe relativiert.“, Schreibfehler Kehrcht; „Da belasten wir die Umwelt nicht, ausser dass durch überzählige Wärme die Limmat aufgeheizt wird“; „wenn Holzschnitzel verbrannt werden, gibt es Abgas“. Korrektur von Stefan Semela auf Seite 340: „wohl oder übel“, beim Wort übel hat sich ein Tippfehler eingeschlichen.

2 2016.17 Sanierung Spiel- und Begegnungsplatz Nüechtal, Verpflichtungskredit von CHF 26'800

Eintreten wird nicht bestritten.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wie im Gesamtkonzept von 2012 beschrieben ist die Sanierung vom Spiel- und Begegnungsplatz Nüechtal als zweite Etappe geplant. Damals wurden die Kosten mit rund CHF 90'000 gerechnet. Die eingesetzte Baukommission «Öffentlicher Raum» nahm im Jahre 2014 die weitergehende Planung von diesem Spiel- und Begegnungsplatz auf, musste aber infolge der prekären Finanzlage der Gemeinde unterbrochen und auf später verschoben werden. Im letzten Jahr haben die Jugendverbände des Siggenthals (JugendUnited), die Jugendarbeit beider Kirchen und das Jugendnetz Siggenthal gemeinsam am 72-Stunden-Projekt teilgenommen, welches alle 5 Jahre in der ganzen Schweiz durchgeführt wird. Sie haben sich nach einem sinnvollen Projekt umgeschaut und sich dafür entschieden, auf der Basis der vorliegenden Projektpläne Teile des Spielplatzes Nüechtal umzugestalten. Dabei sind bereits einige Sanierungsarbeiten erbracht worden. Ausserdem haben die rund 154 Kinder und Jugendlichen zusammen mit 43 LeiterInnen in Unter- und Obersiggenthal bei einer Tür-zu-Türsammlung ca. CHF 13'200 gesammelt. Dieses Geld soll nach Wunsch der Jugendlichen einen Beitrag zur Fertigstellung des Spielplatzes leisten. An dieser Stelle möchte ich den Kindern und Jugendlichen und natürlich auch den LeiterInnen für den tollen und sinnvollen Einsatz für unsere Gemeinde herzlich danken. Ich denke, das ist einen Applaus wert. Die Kommission „Öffentlicher Raum“ hat sich in diesem Jahr dem Thema wieder angenommen. Unter Berücksichtigung der aktuellen Finanzlage wurde ein minimaler Kreditantrag mit dem Ziel formuliert, dass die Gemeinde einen eher bescheidenen Teil zur Fertigstellung leisten kann. Ich möchte dem Einwohnerrat beliebt machen, dem minimalen Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Ursula Spinner: In der Baukommission „Öffentlicher Raum“, welche den Gemeinderat für dieses Sachgeschäft begleitet hat, sind drei Einwohnerräte vertreten. Nach Absprache mit dem Kommissionspräsident wurde entschieden, keinen Antrag für die Option 2 zu stellen. Die Option 2 beinhaltet die grosse Rutsche. Bei der momentanen finanziellen Situation und dem Spardruck in unserer Gemeinde müssen wir davon ausgehen, dass dieser Antrag heute abgelehnt worden wäre. Wir möchten aber die Option offenlassen, zu einem späteren Zeitpunkt eine grosse Rutsche zu realisieren. Die ist der grosse Wunsch der Kinder und es war der Ansporn für das 72-Stunden-Projekt. Die Finanzierung dafür, sei es bei den Sponsoren oder bei wiederholten Aktionen der Jugendverbände, lassen wir im Moment offen. Die FDP stimmt dem Kredit über CHF 26'800 für die Gestaltung vom Natur-, Spiel- und Begegnungsplatz Nüechtal einstimmig zu. Sie respektiert damit die bereits geleisteten Arbeiten der Kinder und der Jugendlichen während dem 72-Stunden-Projekt. Mit diesem Kredit soll ein guter Abschluss gefunden werden.

Denise Hunziker: Kinder sind lebendig, Kinder brauchen Bewegung, Kinder müssen sich austoben können. Leider wird das aufgrund der baulichen Entwicklung in unserer Gemeinde immer schwieriger. Die freien Flächen in unserem Dorf sind überbaut, die Quartierstrassen werden immer stärker befahren, die Treffpunkte für Kinder und Jugendliche werden immer weniger. Es ist wichtig, dass wir zeitgemässen Raum schaffen, wo Kinder und Jugendliche sich ausleben und verwirklichen können. Die bestehenden Plätze müssen erhalten bleiben und dem heutigen Zeitgeist angepasst saniert werden. Der Spielplatz Nüechtal ist seit Jahren ein Ort, wo Obersiggenthaler Familien zum Grillieren hingehen, Familienfeste feiern oder einen gemeinsamen Erlebnistag verbringen. Durch die Lage am Waldrand bietet er die perfekte Voraussetzung für Kinder und Jugendliche wie auch für die ganze Familie, die Natur ausgiebig zu erleben und zu entdecken. Die starke Frequentierung vom Gemeindehausspielplatz seit seiner Sanierung vor zwei Jahren wie auch der grosse Betrag von CHF 13'000, welcher im Rahmen des 72-Stundenprojekt aus der Siggenthaler Bevölkerung gesammelt wurde, zeigen deutlich, dass ein grosser Bedarf für Naherholungsraum besteht. Darum sind wir von der SP/Grüne-

Fraktion der Ansicht, dass jetzt auch die Gemeinde und der Einwohnerrat ein positives Zeichen setzen müssen, indem wir das Bedürfnis unserer Kinder und Jugendlichen unterstützen und den grossen Einsatz vom 72-Stunden-Projekt wertschätzen. Darum unterstützen wir den Antrag.

Micha Jetzer: Liebe Kinder, Ihr habt an der Aktion 72-Stunden einen bemerkenswerten Einsatz geleistet und durch ein Miteinander können solche Aufgaben gemeistert werden. Das dürfen wir nun erleben. Noch bemerkenswerter ist auch, dass Ihr mit dem Sammeln einen solch hohen Betrag von etwas über CHF 13'000 zusammengetragen habt.

Doch leider gibt es für uns einen grossen schwarzen Punkt bei diesem Projekt, man kann schon fast von einer Guerilla-Aktion sprechen. Wir von der SVP möchten eine Kürzung des Investitionsantrages stellen. Es ist ein absolutes No-Go für uns, dass sich Mitarbeiter unserer Gemeinde, welche zudem den Lohn vom Steuerzahler erhalten, über die Abläufe und Prozesse unserer Gemeinde hinwegsetzen können. Wie soll es weitergehen? Stellen wir uns ein Szenario mit dem Fussballclub Obersiggenthal vor. Der Fussballclub Obersiggenthal will einen neuen Fussballplatz und beginnt nun die Zäune am Fussballplatz beim Hallen- und Gartenbad abzumontieren, den Platz zu renaturieren, vielleicht auch noch Geld zu sammeln und dann wird alles der Gemeinde weitergegeben mit dem Hinweis, dass der Fussballplatz nun dringend notwendig sei. Wieso nicht? Grundsätzlich wäre das Vorgehen ähnlich wie beim Jugendnetz. Wir können nicht nachvollziehen, dass hier keine Konsequenzen folgen und dass das Jugendnetz den Takt angibt und nicht wir. Wir stehen ja in einer finanziell angespannten Lage. Wir müssen einschneidend sparen, das betrifft aktuell und in Zukunft alle, auch unsere Kinder. Wir sind die Letzten, die den Kindern von Obersiggenthal im Weg stehen wollen, wenn es um ihre Aktivitäten und ihre Freizeit geht mit Tummeln auf unseren Spielplätzen, Klettern, mit Kreide die Plätze mit ihren Werken verziehen und mit ihrem Lachen und Plaudern ihre Kontakte pflegen. Auch für uns ist ein lachendes Kind auf den Spielplätzen oder an den Spielgeräten ein aufstellender Anblick.

Ich selber war als Kind sehr oft auf diesem Spielplatz. Ich kann mich sehr gut erinnern, wie schon damals der Spielplatz sehr viele natürliche Möglichkeiten eröffnete. Für uns war es das grösste, in der Höhe zu sitzen, heraufzuklettern, auf der einen Seite hoch zu rennen bis zum höchsten Punkt und dann links über die vielen Wurzeln wieder runter zu klettern. Auch die damalige Rutschbahn, welche jetzt entfernt wurde, wurde viel gebraucht, ob das nun stehend, liegend oder Kopfvoran war, aushalten musste die Rutsche vieles. Für mich ist es ein Platz am Waldrand, wo schon viele natürliche Spielgeräte vorhanden sind, welche mystische Anreize für die kindliche Fantasie sind. Ich denke, eine lange Rutschbahn spielt da eigentlich keine Rolle. Selbst der Brunnen hat für unser Magazin der Wasserpistolen oft literweise Wasser hergegeben.

Aufgrund der vorangegangenen Ausführungen und der Tatsache, dass dieser Spielplatz schon einige Spielgeräte in natürlicher Form hergibt, sind wir der Meinung, auch aufgrund der finanziellen Lage unserer Gemeinde, dass die Investitionsbegehren wie folgt zusammenzustreichen sind. Wir stellen den Antrag an den Einwohnerrat, dass die Netzschaukel von CHF 10'500, die Bepflanzung Schattenbaum und Aussaat Wiese CHF 6'600 zu streichen sind sowie auf das Einsetzen eines Landschaftsarchitekten zu verzichten ist. Somit entsteht ein Investitionsvolumen von rund CHF 22'900, abzüglich des gesammelten Betrags von CHF 13'200. Die Nettoinvestition würde dann rund CHF 9'700 betragen. Ein Hinweis aus unserer Seite: Anstatt die Kosten von CHF 2'000 für den Abbruch des Brunnens zu verwenden, sollte die Möglichkeit gesucht werden, diesen zu ersetzen (evtl. durch unseren Forstbetrieb).

Erich Schmid: Wir haben intensiv diskutiert, ob die Spielgeräte an einem Waldrand notwendig sind oder nicht. Der Wald sollte eigentlich Spielplatz sein. Aber wir sind zum Schluss gekommen, dass wir den vorliegenden Antrag unterstützen werden. Einerseits war es sinnvoll, dass der Nüechtalphatz durch die Kinder und Jugendlichen umgestaltet wurde, denn es zeigt durch den grossen Einsatz ein gutes Resultat auf. Der Antrag mit CHF 26'800 ist eine minimale

Investition, Dieter Martin bezeichnete dies so. Wir werden den Antrag des Gemeinderates unterstützen. Zum Antrag der SVP möchte ich folgenden Hinweis anbringen. Die Frage betr. Schattenbaum hat uns auch beschäftigt. Im Nüechtal sprechen wir von einer Halblichtung. Wir stellen uns die Frage, wieviel Schatten hätte dann die geplante Rutschbahn? Wir hatten schon eine Fragestellung eines Arztes zum Problem mit nichtbeschatteten Rutschbahnen. Die Streichung des Schattenbaumes an einem solchen Ort ist heikel. Die Rutschbahnen, welche in der Sonne stehen, werden relativ heiss.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Antrag der SVP: Netzschaukel CHF 10'500 sei zu streichen. Bepflanzung Schattenbaum und Aussaat Wiese CHF 6'600 sei zu streichen. Auf das Einsetzen eines Landschaftsarchitekten sei zu verzichten. Somit entsteht ein Investitionsvolumen von rund CHF 22'900, abzüglich den gesammelten CHF 13'200, beträgt die Nettoinvestition rund CHF 9'700. Dieser Antrag wird mit 8 Ja- zu 26-Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung abgelehnt.

Der Verpflichtungskredit für die Gestaltung des Spiel- und Begegnungsplatzes Nüechtal von CHF 26'800, inkl. MwSt. wird genehmigt. Dieser Antrag wird mit 27 Ja- zu 7 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung angenommen.

3 2016.14 Rechnung 2015

Ursula Haag: In Absprache mit dem Gemeinderat und dem Präsidenten der Finanzkommission werden wir das Traktandum 3 wie folgt behandeln: Peter Marten, Präsident der Finanzkommission, wird die Erläuterungen aus Sicht der Finanzkommission zur Rechnung 2015 darlegen. Gemeinderat Linus Egger wird aus Sicht des Gemeinderates anschliessend dazu Stellung nehmen. Dann hören wir die allgemeinen Meinungen der Fraktionen. Anschliessend wird die Rechnung ab Seite 8 besprochen. Fragen können dann pro Kapitel gestellt werden. Seitens der Verwaltung nimmt Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen, Einsitz.

Eintreten wird nicht bestritten.

Peter Marten, Präsident der Finanzkommission: Ich lege Ihnen gerne die Sicht der Finanzkommission zur Rechnung 2015 vor. Ich bedaure, dass ich der Chance beraubt wurde, einem jüngeren Publikum die Finanzpolitik näher zu bringen. Zugegebenermassen habe ich manchmal auch Mühe, den Einwohnerrat zu begeistern. Wie bereits im letzten Jahr ist das Rechnungsergebnis 2015 enttäuschend. Das Budget 2015 basierte auf den Zahlen 2013. 2014 war das Jahr mit dem dramatischen Einbruch der Steuereinnahmen. Der Einbruch ist kein Einmaleffekt, sondern unsere neue Realität. Mit dieser neuen Realität waren wir auch im Jahr 2015 konfrontiert. Aus diesem Blickwinkel betrachtet ist das enttäuschende Ergebnis der Rechnung keine Überraschung. Wir haben gehofft, dass wir bei den Steuereinnahmen CHF 200'000 bis CHF 400'000 mehr hätten generieren können. Aber das war nicht der Fall. Wenn ein schlechtes Rechnungsergebnis resultiert, muss man immer prüfen, woher das schlechte Ergebnis kommt. Haben wir das Problem primär auf der Aufwandseite, haben wir das Problem primär auf der Ertragsseite oder ist es eine Kombination? Aus meiner Sicht, und das wird nicht von allen Finanzkommissionsmitgliedern geteilt, haben wir primär ein Einnahmenproblem. Einem Einnahmenproblem folgt ein Folgeproblem, das Ausgabenproblem. Aber die Hauptursache liegt bei den eingebrochenen Einnahmen. Die Finanzkommission ist weiter besorgt über den Zustand und

die Entwicklung der Gemeindefinanzen. Wir können uns nicht vorstellen, dass wir ertragsmässig bessere Zeiten erleben werden. Im Moment gibt es bei der Ertragsseite nur zwei Möglichkeiten, dass es längerfristig besser wird: A) mit weiteren Steuererhöhungen oder B) dass irgendwelche Bauprojekte, namentlich Oederlin-Areal, extrem schnell realisiert würden und dieses Areal von sehr gut zahlenden Steuerpflichtigen bewohnt würde. Der Teil B ist Hoffnung und Punkt A ist im Moment wahrscheinlich unrealistisch. Wir müssen den Sparhebel auf der Aufwandseite ansetzen. Wir haben ein Problem mit unserer Selbstfinanzierung. Die Investitionen, wie sie jetzt im Finanzplan enthalten sind, sind nicht finanzierbar und nicht möglich. Es gäbe zwei Varianten, dass dies möglich wäre: A) abspecken oder B) wir können damit leben, dass unsere Verschuldung deutlich höher wird als vom Gemeinderat festgesetzt. Ich weiss aber nicht, ob das für die Zukunft wirklich eine Option wäre, Schulden zu vererben, an andere Generationen weiterzugeben. Für mich bedeutet das, Probleme weiter zu schieben und nicht Probleme zu lösen. Die Finanzkommission hat es bereits im letztes Jahr begrüsst und es soll auch im Protokoll nochmals erwähnt werden, das Sparpaket, welches der Gemeinderat selbstständig initiiert hatte, war notwendig und richtig. Ich denke, jeder Betrieb würde dies auch machen und nach Lösungen zu suchen, die Handbremse anzusetzen. Der Unterschied zwischen einem Betrieb und der Gemeinde ist wahrscheinlich der, dass ein Betrieb viel schneller und härter eine Handbremse ziehen kann mit allen negativen Konsequenzen. In der Tendenz kann das eine Gemeinde nicht so schnell und nicht so hart umsetzen. Ich denke nur an die Diskussion bezüglich der Nachtabschaltung der Beleuchtung.

Ich zeige Ihnen nun einige Folien zum Rechnungsabschluss 2015 und komme zu einzelnen Bemerkungen. Über die Steuereinnahmen habe ich bereits informiert. Wir haben die üblichen verdächtigen Gründe der Rechnung 2014. Wir haben auch gewisse Effekte, welche in die Rechnung 2014 eingespielt haben, welche jetzt auch ins 2015 einspielen und auch im 2016 spielen werden. Optimierungen sind nicht nur von kurzfristiger Art, sondern sie ziehen sich durch. Das Jahr 2014, ich glaube und hoffe, dass das jetzt jeder begriffen hat, war kein Einzelfall. Im 2016 wird es besser aussehen, weil die Steuerfusserhöhung vom Volk gesprochen wurde. Aber die Steuerfusserhöhung balanciert knapp den Rückgang der Steuereinnahmen aus. Wir haben nicht mehr Geld in der Kasse. Wir profitieren im Moment von den tiefen Zinsen. Wir haben wieder ein Jahr hinter uns, in welchem wir deutlich unter dem budgetierten Zinsaufwand standen und damit die Jahresrechnung entlasten konnten. Bei den zahlreichen negativen Effekten, welche die ganzen Minuszinsgeschichten und Tiefzinsphasen haben, kann man für uns als Gemeinde in Bezug auf Schulden sagen, dass diese Situation uns eher hilft. Die Gemeinde kann sich nach wie vor zu extrem guten Konditionen, deutlich besser als wir Privatpersonen, refinanzieren. Das hilft uns. Sorge bereiten uns nach wie vor die Honorare für externe Berater. Wir sehen, dass wir im 2014 Kosten von CHF 336'997 für Honorare ausgewiesen haben. Im Jahr 2015 zeigen die Honorare den stolzen Betrag von CHF 479'907 auf. Wir müssen aber fairerweise sagen, dass hier auch Beträge enthalten sind, welche bei notwendigen Bauabklärungen anfallen, welche zum Teil der Bauherrschaft weiter in Rechnung gestellt werden können. Nichts desto trotz aber sind dies Ausgaben, welche angefallen sind. Fragt mich jemand, ob der Weg in die richtige Richtung führe, dann antworte ich mit nein. Beim Personalaufwand hatten wir wieder zusätzliche Abgrenzungen für nichtbezogene Ferien von CHF 21'000. Das ist für die Erfolgsrechnung matchentscheidend. Das ist eigentlich kein Punkt, den ich zwingend aufzeigen müsste. Es zeigt aber, dass wir beim Personal Mühe haben, in gewissen Bereichen die Ferien zu beziehen oder beziehen zu können. Es geht nicht darum, dass die Ferien nicht bezogen werden wollten, sondern viel mehr wegen der Arbeitsbelastung nicht möglich waren. Die Finanzkommission ist über diesen Umstand besorgt und hat den Gemeinderat wieder aufgefordert, sich beim Personal durchzusetzen, dass die Ferien, wenn immer möglich, bezogen werden. Wir wollen auch vermeiden, dass einzelne Mitarbeiter überdurchschnittlich während einer konstanten Zeit belastet sind.

Beim Hallen- und Gartenbad zeigt sich eine Metapher von Licht und Schatten. Wir profitieren extrem vom Licht. Der Supersommer hat beim Hallen- und Gartenbad seine Auswirkungen gezeigt. Das Defizit ist mit CHF 460'000 deutlich besser ausgefallen als budgetiert und vor allem tiefer als im 2014. Damals standen wir bei rund CHF 600'000. Das war einer der wenigen Lichtblicke der Rechnung 2015. Es geht hier finanziell gesehen einmal in die richtige Richtung.

Natürlich wurden die Tarife angepasst, doch die Sonne und das Licht waren für die finanzielle Entwicklung massgebend. Wenn immer möglich, haben Sie bitte gute Gedanken an das Wetter. Dies würde der Gemeinde in der Rechnung sehr helfen. Wir sehen ja wie sich die Wetersituation in diesem Jahr präsentiert. Das Rechnungsergebnis kann ganz schnell wieder ändern. 2015 war positiv und das ist schön einmal zu erwähnen.

Operativ gesehen haben wir zwei Kassenprüfungen durchgeführt. Die sind sehr gut ausgefallen. Wir haben keine Tiefenprüfung durchgeführt. Wir haben dem Gemeinderat beantragt, dass wir die Mittel für die Umstellung auf HRM2 benutzen. Es ging darum, für die Anlage Verzeichnis und Buchhaltung zu prüfen. Das war gut investiertes Geld. Bei einigen Kreditabrechnungen, das haben wohl einige von Ihnen bemerkt, war ich im letzten Jahr nicht ganz glücklich. Krönung war, dass ich selber eine Kreditabrechnung zurückgezogen habe, das ist mir noch nie passiert und ich hoffe, dass ich das nie mehr machen muss. Wir haben die Lehren daraus gezogen und die Spielregeln definiert, welche für die Verwaltung, für den Gemeinderat und für die Finanzkommission verbindlich sind. Wir haben festgelegt, was zu prüfen ist, worauf wir Wert legen und was unsere Minimalanforderungen sind, damit wir von Anfang an den von uns gewünschten Level haben.

Was gibt es als Herausforderungen aus der letzten Rechnung 2015 aus Sicht der Finanzkommission: auch hier die Liste der üblichen Verdächtigen. Letztes oder vorletztes Mal wurde ich von Ueli Zulauf gezeisselt, dass ich immer das Gleiche erzähle. Doch warum erzähle ich das? Für mich ist jedenfalls spür- und sichtbar, dass man nicht so viel bewegt. Es gibt für mich zwei Varianten. Einmal wird alles totgeschwiegen in der Hoffnung, dass alles trotzdem kommt, oder in Kauf zu nehmen, mit den immer wieder vorgetragenen Voten einige Mitglieder temporär zu verärgern mit der Hoffnung, dass sich an anderer Stelle etwas bewegt. Ich habe mich für die zweite Variante entschieden. Die Kostensituation Sporthalle ist seit 2013 ein Thema. Wir erwarten, dass sich mit den ganzen Studien und Analysen endlich etwas bewegt und dass im 2016 kostenmässig etwas nach Süden bewegt wird und nicht Richtung Norden. Bauchschmerzen bereitet uns auch die Thematik der stationären und der ambulanten Pflege. Ich betone, das ist keine Kritik an der Spitex. Die Kosten steigen, unser Gesundheitswesen entwickelt sich dahingehend. Wir können diese Kosten kaum beeinflussen. Wir können z.B. mit der Spitex diskutieren und auf Punkte hinweisen, doch die Kosten steigen tendenziell. Die Finanzkommission vertritt die Ansicht, dass die Gemeinde bei strategischen Entscheiden mehr Einfluss nehmen kann als allenfalls nur an einer Generalversammlung im Gemeindesaal. Ich vertrete da eine pragmatische Ansicht: zahlt jemand CHF 900'000, dann soll die Gewichtung stärker sein als jene Partei/Person, welche CHF 50 zahlt.

Wir müssen den Aufwand in den Griff bekommen. Das tönt so gut und kann locker gesagt werden. Doch es ist brutal schwierig. Das Problem 1 zeigt, dass wir 80 % der Kosten nicht beeinflussen können. Wir müssen also versuchen, den kleineren Teil des Kuchens, nicht ansteigen zu lassen. Der kleine Kuchen kann auch gar nicht so exponentiell ansteigen, dass er die Rechnung aushebelt. Aber dort, wo Möglichkeiten bestehen, müssen wir am Ball bleiben. Darum habe ich Mühe, wenn gewisse Sachen seit Jahren anstehen. Ich erwarte, dass ein Blick in die Privatwirtschaft geworfen wird, denn da werden solche Situationen angepackt. Ich arbeite in einem Betrieb, welcher zurzeit sehr betroffen ist. Ich weiss also, wie schnell es gehen kann.

Was sind die Konsequenzen? Bei den Investitionen bestehen kaum Spielräume. Wer das Gefühl hat, dass die im Finanzplan präsentierten Investitionen realisieren werden können ohne Steuerfusserhöhung, ohne Massnahmen, ist ein Träumer. Wir müssen die Erfolgsrechnung mittelfristig entlasten. Ein Nullwachstum bei den Ausgaben ist eigentlich schon fast ein Minimalziel. Der Aufwand für 2016 muss reduziert werden, ein Nullwachstum ist schon fast zu wenig. Der Gemeinderat muss, das ist unsere Erwartung, mit scharfen Budgeteingaben auftreten und diese durchziehen. Die Diskussion, welche ich bereits letztes Jahr aufbrachte, über sogenannte Kostendächer bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung, bei einer Stellenplafonierung, beim Hallen- und Gartenbad, müssen wir hier einmal führen. Vielleicht ist der Bericht der Arbeitsgruppe Finanzen für eine solche Diskussion der Stein des Anstosses. Doch ich sage es deutlich, ein Personalaufbau bei unserer finanziellen Lage ist aus Sicht der Finanzkommission

nicht möglich. Wir müssen uns auch Gedanken machen in der Verwaltung oder an anderen Orten, wo ein gewisser Leistungsabbau möglich wäre. Wir haben im Moment eine Dreiecksbeziehung. Auf der einen Seite haben wir unser Anspruchsniveau, welches aus den letzten Jahren entstanden ist. Es ist individuell durch gewisse Komfort-Zonen gefärbt. Auf der anderen Seite haben wir etwas, welches uns ziemlich stark nach unten zieht, das sind unsere aktuellen finanziellen Möglichkeiten. Die ziehen relativ stark an unserem Anspruchsniveau. Das hat Konsequenzen. Nur habe ich den Eindruck, dass sich nicht alle dieser Konsequenzen bewusst sind. Ich staune manchmal. Hier ein von mir persönlich gewähltes Beispiel über einen Zeitungsartikel, aus dem negative Äusserungen darüber entnommen werden konnte, wie schlimm das sei, wenn ein Fussballplatz nicht realisiert werden kann. Das ist schlimm. Aber man muss sich auch engagieren. Solche Statements wünsche ich mir während der Finanzplanung. Ich wünsche mir Statements, wenn wir uns in der Steuerfussdiskussion befinden. Dann müssen solche Diskussionen geführt werden, ob wir uns das leisten wollen oder nicht.

Linus Egger, Gemeinderat: Ich versuche euch die Rechnung 2015 etwas näher zu bringen. Ich werde mich heute aber kürzer fassen als in den vergangenen Jahren. Wir haben euch rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht, wie sich die Rechnung etwa präsentieren wird. Die Prognose stimmte ziemlich genau. In der Zeitung haben Sie bereits über die Massnahmen oder das Resultat lesen können.

Linus Egger zeigt und erläutert an einer Folie die Entwicklung (2004 – 2015) der budgetierten und eingetroffenen Steuererträge auf: Sie sehen die blaue Linie, das ist die Rechnung. Die grüne Linie ist das Budget. In der ganzen Zeit bis 2011 standen wir einmal unter dem Budget mit dem Ist-Wert. Sie sehen beim Aufwand ohne Abschreibungen vom 2011 ins 2012 einen Sprung von über CHF 3 Mio. Woher kommen diese Kosten im 2012? Das sind Kosten, welche uns vom Kanton übertragen wurden. Klar, sind darin auch Personalkosten mit Pensenanpassungen enthalten. Aber die schlagen nicht nur im Aufwand durch. Betrachte ich das Betriebsamt, dann werden diese Kosten gedeckt durch andere Einnahmen. Wir haben auch noch etwas höhere Kosten beim Sach- und Betriebsaufwand. Der darin grösste enthaltene Teil sind die Kosten, welche an den Kanton abgeliefert werden mussten. Sie sehen auch im 2014 und 2015, liegt die Gemeinde massiv unter dem Budget.

Sie haben von Peter Marten bereits gehört, dass der Gemeinderat ein Sparpaket beschlossen hat. Bei der „Allgemeinen Verwaltung“ hatten wir höhere Gebühren, vor allem bei Baugesuchen. Bei der „Bildung“ hatten wir tiefere Schülerkosten von der Berufsschule Baden. „Verkehr, Nachrichtenübermittlung“: Durch die im Frühjahr beschlossene Nachtabschaltung der Strassenbeleuchtung sowie die fortschreitende Umrüstung auf LED konnten erhebliche Energieeinsparungen im Betrag von CHF 57'000 realisiert werden. Wir können aber nicht genau definieren, welcher Betrag der Nachtabschaltung und welcher Betrag der Umrüstung auf LED zuzuordnen sind.

Linus Egger erläutert die Folie Ergebnis 2015 der Einwohnergemeinde, ohne Eigenwirtschaftsbetriebe: Sie sehen im betrieblichen Aufwand CHF 33.075 Mio., eine relative grosse Differenz zum Istwert von CHF 32.021 Mio. Im Budget sind CHF 871'000 für Abschreibungen enthalten für Pensionskassenfinanzierung und vom Gässliacker. Durch die Umstellung vom HRM1 zum HRM2 gab es im Zusammenhang mit den Neubewertungen des Finanzvermögens und der Aufwertung des Verwaltungsvermögens eine neue Ausgangslage. Je nachdem wie die Anlagen bewertet wurden, gab es bei den Abschreibungen zum Teil grössere Abweichungen gegenüber dem Budget. Wir liegen rund CHF 180'000 tiefer als budgetiert. Woher kommen diese Kosten. Wie bereits erwähnt kommen diese Kosten einerseits vom Sparpaket, ca. CHF 380'000, auf der anderen Seite haben wir auch höhere Personal-, Betriebs- und Gesundheitskosten. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass die Exponenten mit den hohen Ferienanteilen und Überstunden in Angriff genommen werden. Es wurden Massnahmen getroffen und bis Ende 2017 müssen alle Ferienanteile auf 15 Arbeitstage reduziert werden. Das wurde kommuniziert und eingeleitet. Wie bereits erwähnt, haben wir beim Gesundheitswesen rund CHF 0.25 Mio. höhere Kosten als budgetiert. Das ist die stationäre und ambulante Pflege. Das Gesundheitswesen wird uns auch in Zukunft weiter beschäftigen. Zum betrieblichen Ertrag wurde das

meiste schon gesagt. Wir weisen bei den natürlichen Personen rund CHF 2.1 Mio. weniger Steuereinnahmen auf als budgetiert. Im Budget hatten wir Vorgaben seitens des Kantons, welche wir eingerechnet hatten. Die damaligen Vorgaben waren zu hoch, doch das haben Sie von mir schon an einer früheren Einwohnerratssitzung erfahren. Wir haben höhere Transfererträge als budgetiert, mit diesen konnten wir rund eine halbe Million Franken wieder kompensieren, wir hatten höhere Grundstückgewinnsteuererträge als budgetiert, doch bei den Aktiensteuern hatten wir bedeutend weniger Einnahmen. Die Grundstückgewinnsteuer und die Aktiensteuer heben sich ziemlich auf. Das Ergebnis aus der Finanzierung wurde bereits von Peter Marten erläutert. Wir konnten Darlehen mit sehr guten Konditionen aufnehmen. Das ist der Verdienst unseres Leiters Finanzen, Bernhard Wehrli. Ich möchte ihm an dieser Stelle für seinen Einsatz danken, denn wir sparen dadurch einiges Geld. Danken möchte ich an dieser Stelle auch der Verwaltung, welche das Sparpaket, welches wir im Gemeinderat vorgegeben haben, umsetzte und eigentlich noch übertroffen hat und das ist erfreulich. Wir weisen ein operatives Ergebnis von CHF – 1.102 Mio. aus. Wenn Sie noch die Investitionsrechnung einbeziehen, dann weisen wir einen finanziellen Fehlbetrag von rund CHF 2.8 Mio. aus. Betrachten wir die Eigenwirtschaftsbetriebe mit Abfall, Wasser und Abwasser, dann weisen wir einen betrieblichen Aufwand aus, welcher tiefer als das Budget ist. Grund dafür sind weniger Personalkosten, aber auch weniger Abschreibungen als budgetiert. Auch beim Sach- und Betriebsaufwand haben wir mit rund CHF 200'000 das Budget unterschritten. Beim betrieblichen Ertrag liegen wir höher, einerseits hatten wir Arbeitserlös von CHF 100'000 mehr als budgetiert, auf der anderen Seite hatten wir mehr Einnahmen durch den Wasserverkauf. Wir weisen ein operatives Ergebnis von rund CHF + 1.1 Mio. aus, was ein sehr schönes Resultat ist. Auch hier möchte ich den Verantwortlichen der Eigenwirtschaftsbetriebe herzlich danken.

Daniel Meier: CHF 1.1 Mio. Verlust im operativen Ergebnis, wir haben das vorhin von Linus gehört, ist sicher nicht ein erfreuliches Ergebnis und das bei einem Gesamtaufwand von CHF 33 Mio. Die betriebliche Ertragsseite mit CHF 31 Mio., wo wir CHF 1.7 Mio unter Budget liegen, zeigt auf, wo wir nicht sein möchten. Wir haben uns in der CVP-Fraktion gefragt, ob 2015 zu optimistisch budgetiert wurde. Insbesondere wenn wir auf Seite 22 die Entwicklung Einkommens- und Vermögenssteuern anschauen. Wie bereits erwähnt, hatten wir in 2012 und 2013 zwei sehr grosse Ausreisser in einer Grössenordnung von CHF 25 Mio. Betrachten wir den langjährigen Trend, dann stehen wir bei CHF 23 Mio. Wir müssten mit dem Budget wieder auf das Niveau zurückkehren, welches wir im 2010/2011 hatten. Wir haben das Sparpaket gesehen und schätzen dasselbe, auch die Umsetzung mit Sparpotenzial bei der Nachtabschaltung usw. Auch das herrliche Sommerwetter, wie bereits erwähnt, hat geholfen, das Schwimmbaddefizit um CHF 100'000 kleiner zu halten. Auf der anderen Seite, wie bereits erwähnt, zeigt das Gesundheitswesen Kosten, welche trotzdem weiter ansteigen. Ebenfalls der Unterhalt Hochbauten zeigt höhere Kosten auf. Zusammengefasst bewegen sich die Ausgaben in etwa im Budget 2015 und die Fiskalerträge sind auf das frühere Niveau weggebrochen. Was hat dazu geführt? Die Steueroptimierungen mit Einzahlungen in die Dritte Säule, Pensionskasse, Werterhaltungsmassnahmen von eigenen Liegenschaften, jeder hat hier seine persönlichen Optimierungen getätigt um die Steuern selber zu reduzieren. Wir haben positiv zur Kenntnis genommen, dass die Werke Abfall, Wasser und Abwasser in ihren Eigenwirtschaftsbetrieben positiv abschliessen konnten. Das sind sehr gute und erfreuliche News. Die CVP-Fraktion ist nicht glücklich über das Ergebnis, empfiehlt aber trotzdem die Rechnung 2015 zu genehmigen und nun vorwärts zu schauen. Basierend auf dem neuen Steuerfuss, welcher uns auch keinen grossen Spielraum gibt, trotzdem eisern weiter zu sparen und in diesem Sinne die Budgetierung für 2017 entsprechend vorzunehmen.

Marcel Müller: Die SVP-Fraktion nimmt den Rechnungsabschluss für das Jahr 2015 mit grosser Enttäuschung zur Kenntnis. Auch wenn der Einwohnerrat und die Bevölkerung vom Gemeinderat vorgewarnt wurden, so ist dieses Resultat mit einem operativen Verlust von wiederum über CHF 1 Mio. höchst unbefriedigend. Es wird immer wieder ins Feld geführt, dass die Steuereinnahmen eingebrochen seien. Dem kann die SVP-Fraktion grundsätzlich nicht zustimmen, ich verweise auch hin auf die Seite 22 über die Entwicklung der Steuereinnahmen. Man muss wissen, dass wir im 2012 und 2013 mehrere Millionen ausserordentliche Steuereinnahmen hatten. Wir wissen auch, dass diese nicht nachhaltig waren. Und jetzt sind wir eigentlich mit rund

CHF 24 Mio. Steuereinnahmen pro Jahr wieder auf das Niveau zurückgekehrt, welches wir in den Jahren 2009, 2010 und 2011 hatten. Die SVP hat im 2013 darauf hingewiesen, dass man optimistische Steuereinnahmen budgetierte. Sehr wahrscheinlich müssen wir die Steuereinnahmen eher bei CHF 24 Mio. budgetieren und nicht bei CHF 26 Mio. Der Punkt ist natürlich der, wenn man zu hohe Steuereinnahmen budgetiert, dann ist die Verlockung gross, dass man auch höhere Ausgaben tätigt. Das ist auch passiert und so sind wir nun mit einem Minus-Ergebnis konfrontiert. Es wird nichts anderes übrigbleiben, als weiter zu sparen. Steuererhöhungen, das haben wir bei der letzten Abstimmung gesehen, sind nicht einfach durchzusetzen. Die SVP steht auch nicht für Steuererhöhungen. An dieser Stelle bedankt sich die SVP-Fraktion beim Leiter Abteilung Finanzen Bernhard Wehri, seiner Abteilung Finanzen und auch beim gemeinderätlichen Finanzvorstand Linus Egger für die gute Arbeit.

Theo Flückiger: Die Rechnung ist geschrieben und es wurde bereits viel gesagt, darum äussere ich mich nur kurz. Die Rechnung könnte natürlich besser sein, da sind wir uns einig. Wir möchten aber auch betonen, dass der Gemeinderat einen guten Job gemacht hat. Er hat die Pendenzen erkannt, informiert und sofort reagiert. Und das, so meine ich, war sehr wertvoll. Dadurch sind wir auf das Rechnungsergebnis relativ gut vorbereitet worden. Wir wussten, dass sich das Resultat so präsentieren wird. In diesem Sinne werden wir die Rechnung seitens der SP/Grüne genehmigen. Ich möchte ein Gedanken anbringen. Inzwischen ist unbestritten, das kann im Dokument nachgelesen werden, dass die Kantonale Steuergesetzrevision auf unsere Gemeindefinanzen wirkliche Auswirkungen zeigte. Das ist etwas, auf das wir immer wieder hinweisen. Ich möchte einen Querverweis anbringen. Wir können jetzt wieder darüber befinden, ob wir die Abschaffung der Grundbuchabgabe annehmen wollen oder nicht. Das Abstimmungsergebnis wird auf unsere Gemeindefinanzen auch wieder Einfluss haben. Der Kanton wird dort wieder Mindereinnahmen haben und dies muss dann wieder über die Gemeinde eingeholt werden, auch wenn das für den Einzelnen persönliche Vorteile hätte. Darum möchte ich darauf hinweisen, auch wenn ich davon ausgehe, dass ihr alle schon als politisch aktive Personen das Abstimmungscouvert eingeworfen habt, falls eure Abstimmung noch nicht erfolgt ist, beim Ausfüllen des Stimmzettels diese Gedanken mit zu berücksichtigen.

Patrick Hehli: Ich möchte darauf hinweisen, dass ich kein Finanzexperte bin. Ich hätte aber gerne von den Finanzexperten eine Frage beantwortet. Bis jetzt habe ich für mich noch keine zufriedenstellenden Antworten erhalten. Wir hören immer wieder, dass Vorgaben vom Kanton erfolgten. Können die beim Kanton nicht rechnen? Seit Jahren hören wir, dass wir Steuervorgaben vom Kanton haben. Jetzt stelle ich hier die Frage, können wir dem nicht entgegenhalten? Wir haben ja relativ gute Spezialisten im Gemeinderat und auch in der Finanzkommission mit unserem Präsidenten und deren Mitgliedern. Kann man nicht sagen, dass wohl der Kanton Vorgaben gibt, aber die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt hat, das trifft nicht ein? Die zweite vielleicht auch etwas ketzerische Frage: Ich möchte wissen, wo die 1.6-Mal mehr Steuereinnahmen sind, welche immer versprochen wurden, wenn man Investitionen tätigt wie zum Beispiel Mittagstisch, Tagesstrukturen, Kinderhort etc.?

Linus Egger, Gemeinderat: Die erste Frage kann ich gut beantworten. Ich zeigte das bereits auf der Grafik. Wir haben bis 2013 unsere Werte über dem Budget gehabt. Als ich noch im Einwohnerrat Einsitz hatte, hat der Einwohnerrat immer den Gemeinderat gezeisselt, er budgetiere konservativ. Der Gemeinderat hatte damals eine halbe Million aufgestockt mit Einverständnis Einwohnerrat und Finanzkommission. Und wie es der Teufel so wollte, die halbe Million ist nicht eingetroffen. Das Budget 2014 wurde erstellt und bei der Erarbeitung des Budgets 2015 hatte man die Ist-Zahlen noch nicht. Fragst Du mich heute, wie präsentiert sich 2016 mit den Steuereinnahmen? Dann kann ich nur vom Bauchgefühl her sprechen. Nach Vorlage der Ist-Zahlen 2014 haben wir sofort die Finanzkommission einberufen und den Einwohnerrat orientiert. Wir haben jetzt Massnahmen eingeleitet, welche im Herbst aufgezeigt werden, einen Teil werde ich am Samstag vortragen, wenn wir über die Schulraumplanung reden, dann kann ich ganz klar kommunizieren, welche Massnahmen der Gemeinderat getroffen hat. Wenn man diese Massnahmen einleitet, dann ist man meistens zu spät. Das Budget muss im August fertig sein, weil dasselbe im September oder Oktober vom Einwohnerrat genehmigt

werden muss. Wenn das Budget verabschiedet wurde, dann ist es verabschiedet. Die Begründung habe ich bereits gegeben und die Massnahmen für 2017 haben wir eingeleitet.

Ursula Haag: Wir beginnen nun die Rechnung Seite für Seite durchzugehen. Auf Seite 24 müssen Sie noch eine Jahreszahl korrigieren. Es heisst richtig: Nettoschuld per 31. Dezember 2015.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Die Verwaltungsrechnung 2015 wird unter Entlastung des Rechnungserstellers mit 35 Ja- zu 0 Neinstimmen genehmigt.

4 2016.15 Rechenschaftsbericht 2016

Eintreten wird nicht bestritten.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Rechenschaftsbericht 2015 wird einstimmig genehmigt.

5 2016.20 IT-Vorgehenskonzept Schule Obersiggenthal, Verpflichtungskredit von CHF 27'600

Ursula Haag: Zu diesem Traktandum nehmen die Herren Hunziker von der Firma ITcom Pro AG und Patrick Berger, IT-Verantwortlicher der Gemeinde, Einsitz.

Eintreten wird nicht bestritten.

Walter Vega, Gemeinderat: IT hat nicht nur in der Privatwirtschaft Einzug gehalten, sondern auch in der Schule. Jeder von uns, der schon in einem Schulzimmer oder im Kindergarten war, hat gesehen, dass dort Computer stehen. Die werden für die Ausbildung der Schüler benötigt und gebraucht. Die ganze Computergeschichte wird auch für die Verwaltung der Schule gebraucht. Der Kreis der Benutzer wird immer grösser. Da sind einerseits die Schüler selber, welche Zugriff auf die Systeme haben, andererseits haben wir die Hauswarte, die Lehrer, Fachpersonen wie Schulsozialarbeit, Heilpädagogik, Logopädie, Schulsekretariat usw. Ohne die Informatik wäre eine vernünftige Noteneingabe, Stundenplaneingabe, Kommunikation praktisch undenkbar. Die Schulleitung und Lehrpersonen haben im Verlauf der letzten Jahre versucht, den verschiedenen Anforderungen gerecht zu werden. Sie haben sukzessive so gut es ging die Informatiklandschaft ausgebaut. Dadurch wurde die ganze Landschaft sehr heterogen. Wir dürfen nicht vergessen, die Lehrpersonen sind nicht ausgebildete Informatiker, die machen alles nebenbei. Dadurch, dass die ganze Landschaft heterogen wurde, brauchen auch die Pflege, der Support und der Unterhalt der ganzen Landschaft viel Zeit. Zeit, welche die Lehrpersonen für ihren eigentlichen Job, das Unterrichten, nicht mehr haben. Dazu kommt noch, dass Neuanforderungen relativ schwierig umsetzbar sind. Und wenn doch, dann mit

viel Aufwand. Das war der Grund, weshalb sich die Schulleitung entschlossen hatte, mit den Verantwortlichen der Gemeinde Kontakt aufzunehmen, um mögliche Zusammenarbeitsformen zu finden. In einer kleinen Arbeitsgruppe, zusammengesetzt aus Gemeindeschreiber, IT-Verantwortlicher der Gemeinde, Leute der Schulleitung und ich selber, haben wir überlegt, was gemacht und wie optimiert werden kann. Wir sind zum Schluss gekommen, dass man nicht beginnen sollte, etwas rumzubasteln und etwas zu installieren, sondern dass zuerst ein Konzept erstellt werden soll, welches die verschiedenen Möglichkeiten aufzeigt. Wir waren uns alle einig, dass wir das nicht selber erarbeiten können. Es fehlt uns einfach das notwendige Wissen und auch die Zeit. Wir haben beschlossen, externe Unterstützung mit dem notwendigen Know-how zu holen. Es war nicht ganz einfach, entsprechende Firmen zu finden. Wir konnten 4 evaluieren. Zwei haben kein Interesse gezeigt und zwei wurden für eine erste Gesprächsrunde eingeladen. Die Arbeitsgruppe hat die Gespräche resp. die Unterlagen analysiert und hat sich für die ITcom Pro AG entschieden. Herr Hunziker sitzt heute hier.

ITcom Pro AG hat bereits verschiedene solcher Projekte gemacht. Herr Hunziker hat Erfahrung in der Informatik, ist selber auch Vizeammann. Er kennt das ganze Gemeindeumfeld sehr gut. Wie bereits erwähnt, wollen wir ein Konzept erstellen. Was soll das Konzept überhaupt aufzeigen? In einem ersten Schritt muss eine Situationsanalyse vorgenommen werden. Da werden in Workshops Lehrpersonen, Schulleitung interviewt, um zu sehen, was ist wichtig in der Informatik, was ist weniger wichtig usw. Anhand dieser Befragungen werden die Zielsetzungen definiert und priorisiert. Es soll wirklich ein top down-Ansatz ausgearbeitet werden, woraus ein Konzept entsteht. Im Fokus steht natürlich die enge Zusammenarbeit mit der IT der Gemeinde. Wir wollen schauen, welche Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Da werden verschiedenste Aspekte geprüft, auch Sicherheitsaspekte. Gewisse Sachen müssen getrennt werden. Man kann nicht unbedingt eine Schulinformatik auf den gleichen Storage legen wie Daten der ganzen Bevölkerung. Das genau wird analysiert im Rahmen dieses Konzeptes. Wir haben den Preis von CHF 27'600 inkl. MwSt. Es ist wichtig zu wissen, dass es sich hier um ein Kostendach handelt. Die Kosten werden sicher nicht höher sein. Wir haben auch mit der Schulpflege und der IT-Kommission darüber gesprochen. Sowohl die IT-Kommission wie auch die Schulpflege stehen hinter diesem Projekt und unterstützen den Antrag. Der Gemeinderat empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Peter Marten: Die FDP-Fraktion unterstützt grundsätzlich die Erstellung eines IT-Vorgehenskonzept für die Schule Obersiggenthal. Wir anerkennen insbesondere auch die pädagogische Bedeutung, welche die Informatik an der heutigen Schule und an den verschiedenen Schulstufen hat. Wir sind froh, dass der Gemeinderat und die Schule die verschiedenen Themen jetzt bündeln und eine Informatikstrategie für die Schule definieren wollen. Dies führt zwar zu Kosten bei einem meiner Lieblingsthemen «externe Honorare». Allerdings scheint uns in diesem konkreten Fall diese Ausgabe gerechtfertigt. In der Vorlage fehlt uns aber etwas. Wir haben die Zielsetzungen der Schule gesehen. Ich vermisse aber die Zielsetzungen des Gemeinderates an dieses Konzept. Wir begrüßen, dass die Schule Synergien von Gemeinde und Schulen nutzen möchte. Das wäre aus unserer Sicht auch eine Zielsetzung der Gemeinde. Eine andere Zielsetzung, welche nicht angesprochen wurde, könnte mit dem aktuellen Vorgehen, wie es in der Offerte von der Firma ITcom Pro beschrieben ist, zu Enttäuschungen und Überraschungen führen. So wie sich die Ausgangslage jetzt liest, wird zuerst eine Auslegeordnung und ein Wunschkatalog (Definition der Anforderungen) erstellt. Zusätzlich werden weitere Themen wie Grundsatzfragen zur Datenhaltung, Integrationsmöglichkeiten zur Gemeinde-IT in der Situationsanalyse aufgenommen. Diese Auslegeordnung (Situationsanalyse) ist gemäss Beschrieb die wichtigste Voraussetzung für die richtige Lösungsfindung. Anschliessend sollen die Zielsetzungen formuliert werden, u.a. inhaltliche Ziele, Terminziele und Kostenziele. Die Quelle der Zielformulierung ist die Situationsanalyse. Leider fehlt aber in der Situationsanalyse ein Block mit dem Oberbegriff „Finanzielle Möglichkeiten und Entwicklung der Gemeinde Obersiggenthal“. Gemäss definiertem Vorgehen muss aber aus unserer Sicht dieser Block zwingend in die Situationsanalyse einfließen, weil dieser Block den finanziellen Rahmen oder Spielraum einer Lösung mindestens andeuten kann. Wir stimmen der Vorlage zu, wünschen aber vom Gemeinderat, dass er das Vorgehenskonzept gemäss unserem Vorschlag anpasst und stellen daher konsequenterweise folgenden Antrag: Der Verpflichtungskredit von

CHF 27'600 (inkl. MwSt.) für die Erarbeitung eines IT-Vorgehenskonzepts für die Schule Obersiggenthal wird bewilligt. Der Gemeinderat ergänzt die Situationsanalyse mit einem Block „Finanzielle Möglichkeiten und Entwicklung der Gemeinde Obersiggenthal“, die dazu benötigten Mittel sind bereits in der Reserve vorhanden.

Eugen Paul Frunz: Die SVP-Fraktion hat anlässlich der Fraktionssitzung über das IT-Vorgehenskonzept der Schule Obersiggenthal diskutiert. Dass bis jetzt die doch sehr komplexe IT-Infrastruktur durch die Lehrpersonen mehr oder weniger ehrenamtlich betreut wird, ist loblich, sollte aber in unseren Augen definitiv nicht so sein. Dass die verschiedenen Stufen der Schule nicht miteinander vernetzt sind, ist nicht optimal. Mit dem Konzept kann uns aufgezeigt werden, wie und wo sich Synergien zu unserer Gemeinde nutzen lassen, sei das in der Vernetzung oder in der Schaffung oder vor allem für Support. Wir unterstützen darum die Vorlage, weil es dazu beiträgt, die Schule für die zukünftigen Herausforderungen fit zu machen.

Volkmar Hauelsen: In der Fraktion CVP/BDP haben wir die Situation, wie sie sich in der Schule entwickelt hat, zur Kenntnis genommen und gesehen, in welche Komplexität sich dieses System bewegt hat. Wir finden es sehr anerkennenswert, dass sich offensichtlich Kräfte gefunden haben, dieses System in dieser Art am Leben zu halten und das verdient unseren Dank. Für die Zukunft finden wir es aber richtig, dass man ein Konzept erstellt und diesen Wildwuchs, ich meine das nicht negativ, nicht mehr weiterverfolgt, sondern versucht, konzeptionell zu begleiten und aufzugleisen. Das ist mit der Bedeutung, welche die IT in diesem Fall hat, nämlich für die Verwaltung der Schule genauso wie für die Lehrer, sehr angemessen, diesen Weg zu gehen. Wir finden auch den Betrag dafür angemessen und unterstützen den Antrag des Gemeinderates

—
Keine Wortmeldungen.
—

Ursula Haag: Herr Hunziker, darf ich Sie bitten, sich in den Ausstand zu begeben damit wir die Abstimmung vornehmen können.

Walter Vega, Gemeinderat: Ich bin mit dem Zusatzantrag der FDP einverstanden.

—
Abstimmung

Der Verpflichtungskredit von CHF 27'600 inkl. MwSt. für die Erarbeitung eines IT-Vorgehenskonzepts für die Schule Obersiggenthal wird bewilligt. Der Gemeinderat ergänzt die Situationsanalyse mit einem Block „Finanzielle Möglichkeiten und Entwicklung der Gemeinde Obersiggenthal“. Die dazu benötigten Mittel sind bereits in der Reserve vorhanden.

Der Antrag wird mit 35 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen angenommen.

- 6 2016.18 Investitionsmassnahmen IT-Infrastruktur Gemeindeverwaltung**
a) Ersatz bestehende Storage, Verpflichtungskredit von CHF 48'000
b) Ersatz bestehenden Switches, Verpflichtungskredit von CHF 21'000

Ursula Haag: Zu diesem Traktandum nimmt Herr Patrick Berger, IT-Verantwortlicher der Gemeinde, Einsitz.

Eintreten wird nicht bestritten.
—

Walter Vega, Gemeinderat: Wir haben hier einen Antrag mit zwei ganz wichtigen Punkten wie Storage-System und Switches. Wenn ich das mit einem menschlichen Körper vergleiche, dann wäre Storage das Hirn und Switches das Nervensystem. Ärzte mögen mir diesen Vergleich entschuldigen. Doch es ist ein bildlich guter und verständlicher Vergleich. Beginnen wir mit Storage-System. Storage beinhaltet den ganzen Speicher mit allen Dateien, Datenbanken, virtuelle Server, Applikationen, Mailboxen etc., es ist das Gedächtnis der gesamten Gemeindeverwaltung. Alles ist dort zentral abgelegt. Wird der Kapazitätslevel erreicht, das wird etwa bei 75 % Auslastung erreicht, dann wird das System langsam. Die Endbenutzer spüren das bei der Performance, denn es wird alles langsamer. Vom Platz her zeigt sich heute die Situation bereits prekär. Wir haben Mühe, neue Benutzer-Accounts mit einer Mailbox und persönlichem Laufwerk anzulegen. Heute zeigt sich, dass das Öffnen von Dateien immer längere Zeit braucht, das Starten von Applikationen findet verzögert statt. Das wirkt sich natürlich auf die Effizienz und auf die Zufriedenheit der Mitarbeiter aus. Jeder von uns weiss selber, wie es sich anfühlt, wenn man zwei Sekunden warten muss. Das Storage-System ist mittlerweile 6 Jahre alt mit über 52'000 Betriebsstunden. In der Regel werden in der IT solche Systeme nach 4 bis 5 Jahren ersetzt. Weiter steigen die jährlichen Versicherungskosten für eine Wiederbeschaffung für das System bei einem Hardwaredefekt an. Momentan betragen die Kosten CHF 3'300 im Jahr. Natürlich haben wir im Rahmen der IT-Kommission auch externe Remote-Storage Lösungen (Cloud etc.) geprüft. Das sind strategische Themen, über welche nicht in einem Tag entschieden und umgesetzt werden konnten. Wir stehen hier vor einem operativen Thema, wo schnelles Handeln notwendig und wichtig ist.

Etwas Ähnliches haben wir bei den Switches. Switches sind das zentrale Nervensystem und das Rückgrat der gesamten IT-Umgebung. In Computer-Netzwerken wird Switches - auch Netzwerkweiche oder Verteiler genannt - als Kopplungselement bezeichnet, das Netzwerksegmente miteinander verbindet. Es sind heute Switches im Netzwerk Obersiggenthal im Einsatz mit einem Alter bis zu elf Jahren. Die Switches erfüllen die notwendigen Sicherheitsanforderungen nicht mehr. Heute arbeiten wir im Netzwerkkumfeld mit sogenannten V-LANS. Dies geht mit den alten Switches gar nicht, wir sind nicht in der Lage, diese Funktion aufzuschalten. Ein Ersatz ist auch im Hinblick auf die Cyberkriminalität wichtig. Eine weitere Tatsache ist die, dass alle Ports belegt sind. Wir haben schlicht und einfach keinen einzigen freien Port mehr zur Verfügung. Sollten wir einen neuen Arbeitsplatz brauchen, dann hätten wir IT-mässig keine Ressourcen mehr. Unsere Switches sind auf 100-Mbit ausgelegt, das ist heutzutage nicht die grösste Geschwindigkeit, denn heute ist 1 GBit/s Standard und üblich. Die neuen Switches wirken sich auch auf die Performance aus. Das habe ich auch bei Gesprächen mit den Mitarbeitern herausgespürt. Die IT-Kommission steht hinter diesem Antrag und wir empfehlen dem Einwohnerrat, den Antrag zu unterstützen.

Eugen Paul Frunz: Die SVP hat auch dieses Thema beraten und wir haben erfahren, dass in unserer Verwaltung unser IT-System schon mehr als einmal zusammengebrochen ist. Ist dies wirklich der Fall, dann sehen wir dringendst Handlungsbedarf. Es darf nicht sein, dass eine Firma mit 60 Mitarbeitern wegen Hardwareausfällen stillsteht. So etwas darf nicht passieren. Wir alle wissen, dass die EDV-Infrastruktur keine günstige Angelegenheit ist. Trotz oder gerade wegen unserer finanziellen Lage müssen wir diese Investitionen aber tätigen. Machen wir weiter wie bisher, dann werden die Kosten aus dem Ruder laufen und wir können nichts sparen. Aus diesem Grunde unterstützt die SVP-Fraktion den Antrag des Gemeinderates.

Robert Wyss: Die CVP-Fraktion und die BDP haben das Thema auch geprüft. Am Anfang hat es geheissen, IT, was ist das, wir kennen uns nicht aus. Wir sind uns grundsätzlich der Notwendigkeit bewusst. Ich wollte mehr Wissen und habe mich bei der Gemeinde ausgiebig und detailliert informieren lassen. Ich wurde empfangen. Auch Patrick Berger hat sich sehr viel Zeit genommen und alles ausführlich erklärt und aufgezeigt. Es ist wirklich so wie vorhin von Walter Vega erklärt. Was ich auch gemerkt habe, die Mitarbeiter wünschen eine Lösung der ganzen Problematik mit der IT, damit wieder effizienter gearbeitet werden kann. Ich kann wirklich sagen, es ist wichtig, Storage ist das Herzstück. Läuft dies nicht, so funktionieren diverse weitere Sachen nicht mehr. Wird Storage vergrössert, dann müssen auch die Switches angepasst wer-

den. Dies auch im Hinblick auf die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Wir unterstützen seitens der Fraktion einstimmig den Antrag und bedanken uns für die Zeit, den Antrag detailliert zu erklären und aufzuzeigen.

Christian Bossard: Die FDP-Fraktion hat dieses Traktandum auch ausführlicher diskutiert. Wir müssen uns bewusst sein, und das stimmt, im Rechenschaftsbericht 2015 stand, da werden noch einige Investitionen auf uns zukommen. Wir werden nicht darum herumkommen, das zu bewilligen, obwohl es um relativ viel Geld geht. Wenn ich die beiden Anträge zusammenzähle, dann sprechen wir von CHF 120'000. IT ist leider sehr zentral und ohne funktioniert nichts mehr. Für uns wäre es wichtig, dass man besser aufzeigen würde, wo das Ganze hinführt. Wir sind uns bewusst, dass dies nicht eine kurzfristige Geschichte ist. Aber hier eine allgemeine Bitte an den Gemeinderat, etwas über die Strategie zu erklären, wo alles hinführen wird. So könnte man mit einem besseren Gefühl dem Antrag zustimmen. Grundsätzlich ist die FDP-Fraktion übereingekommen, den Anträgen zuzustimmen, nicht mit sehr gutem Gefühl, aber wohl oder übel.

Walter Vega, Gemeinderat: Es gibt sehr wohl eine Strategie, die ist relativ technisch formuliert und man kann das nicht nur auf zwei Folien präsentieren. Die Informationen können auch nicht einfach ausgehändigt werden, weil vertrauliche Informationen enthalten sind. Selbstverständlich kann man eine Zusammenstellung erarbeiten, welche aber mit Aufwand verbunden ist.

Daniel Meier: Ich möchte hier kurz anknüpfen. Die Materie ist sehr technisch. Ich glaube, es geht nicht darum, dass man zu sehr ins Detail geht. Doch interessant wäre, wenn dem Einwohnerrat ein Gesamtkonzept unterbreitet werden würden. Es sollte ersichtlich sein, was noch alles für Kosten anfallen werden. Wir haben heute über drei Kreditanträge zu entscheiden, welche alle IT betreffen. Zuerst mussten wir über das Konzept entscheiden, jetzt haben wir es mit Storage und Switches zu tun und nachher müssen wir über Lichtwellenleiter entscheiden. Wir können das nicht richtig einschätzen, was alles noch folgen wird. Wenn wir verstehen würden, wo die grossen Building-Blocks liegen und wie diese zusammen spielen, dann wäre dies einfacher zu verstehen. Es muss nicht zu detailliert sein. Beim Auto wissen alle, es gibt ein Motor, vier Räder und ein Steuerrad. In dieser Art wäre es hilfreich, die IT-Problematik aufzuzeigen.

—
Keine Wortmeldungen.
—

Abstimmung

- a) **Für den Ersatz der bestehenden Storage wird ein Verpflichtungskredit von CHF 48'000 inkl. MwSt. bewilligt.**
- b) **Für den Ersatz der bestehenden Switches wird ein Verpflichtungskredit von CHF 21'000 inkl. MwSt. bewilligt.**

Die Anträge werden mit 35 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen angenommen.

- | | | |
|----------|----------------|---|
| 7 | 2016.19 | Investitionsmassnahmen IT-Infrastruktur Gemeindeverwaltung |
| | | a) Erschliessung Techn. Zentrum mit LWL, Verpflichtungskredit von CHF 16'000 |
| | | b) Erschliessung Gebäude Gemeindesaal mit LWL, Verpflichtungskredit von CHF 35'600 |

Ursula Haag: Zu diesem Traktandum nimmt Herr Patrick Berger, IT-Verantwortlicher der Gemeinde, Einsitz.

—
Eintreten wird nicht bestritten.
—

Walter Vega, Gemeinderat: Es geht um Lichtwellenleiter. Auf der einen Seite geht es um das Technische Zentrum, damit dasselbe erschlossen werden kann, und auf der anderen Seite um den Gemeindesaal mit dem Betriebsamt. Ich beginne mit dem Technischen Zentrum. Heute ist das Technische Zentrum mit einem Swisscom-Kupferkabel verbunden. Die Technologie mit den Kupferleitungen ist veraltet und für die heutigen Anwendungen nicht mehr geeignet. Auch die Datensicherung des Leitsystems für die Wasserversorgung stellt ein Problem dar. Der Betriebsleiter speichert diese wöchentlich auf einen USB-Stick und legt diesen in den Safe bei der Abteilung Finanzen. Weiter ist vorgesehen, mittelfristig das Büro des Leiters Baudienst mit einem Computerarbeitsplatz auszustatten. Neu möchte man ein Lichtwellenleiter legen. Bei der Erschliessung des Technischen Zentrums Gässliacker durch einen Lichtwellenleiter handelt es sich um eine Investition für die Zukunft; sie kann bei einem allfälligen Um-/Ausbau dieses Gebäudes weiterverwendet und bei Bedarf ausgebaut werden. Der mögliche Datendurchsatz lässt genug Spielraum für die Einrichtung weiterer Arbeitsplätze. Ausserdem werden damit die Voraussetzungen geschaffen, zukünftig auch die Datensicherung der Gemeindeserver in einem anderen Gebäude ausserhalb des Gemeindehauses durchzuführen. Wir können das egs-Netz benutzen. Die Leitungen sind gezogen. Es erfolgte ein Kostenvergleich. Der offerierte Preis war sehr interessant, es ist ja auch eigentlich der Gemeindelieferant und aus dieser Sicht sieht es sicher gut aus, wenn wir die LWL mit der egs erstellen könnten.

Beim Gemeindesaal/Betriebsamt haben wir heute ein Kupferkabel mit einer Länge von 135 m, welches vom Gemeindehaus zum Gemeindesaal führt. Diese Kabel garantieren eine Funktionstüchtigkeit von bis zu 95 m Kabellänge. Wir haben eine Transfer-Rate von 100 Mbits. Wir können uns nun sicher gut vorstellen, dass es dort Performance-Probleme gibt. Ich zeige Ihnen nun ein Bild. Hier sehen Sie die Wasserleitungen und hier sehen Sie die Kabel für die Information. Diese sind, das wissen Sie, am Strom angeschlossen. Hier sehen Sie ein Patch-Gerät und der Switch ist hier. Der Switch ist ein älteres Modell und muss auch ersetzt werden. Irgendwo hier kommt das Kabel vom Gemeindehaus her. Hier sehen Sie, die Kabel liegen lose auf dem Dach, sicher keine vorbildliche Installation, wie sie sein sollte. Es ist gefährlich und sie sind weder vor Manipulation noch vor Nagetieren geschützt. Neu würden hier Lichtwellenleiter eingezogen direkt vom Gemeindehaus. Das LWL-Kabel bleibt im Eigentum der Gemeinde Obersiggenthal und es fallen keine monatlichen Mietkosten an. Der Ausbau beinhaltet die ganze Arbeit des Elektrikers für den Einzug der Netzkabel und LWL, das ganze LWL-Equipment, Racks, Switches und Netzwerkverkabelung bis zu den Enddosen der User. Die IT-Kommission steht hinter diesem Antrag und bittet, dem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Daniel Meier: Die Fotos sind interessant und eindrücklich. Ich muss aber trotzdem fragen, wer hat solche Installationen abgenommen? Es ist eigentlich nicht lustig, die sind ja noch nicht so alt. Irgendjemand hat den Auftrag erteilt und die Ausführungen abgenommen. So etwas darf nicht passieren.

Walter Vega, Gemeinderat: Wahrscheinlich hat man Kosten gespart.

Marco Küng: Wir haben in der SVP-Fraktion dieses Geschäft ebenfalls diskutiert. Wir sind der Meinung, dass bei der heutigen Schnellebigkeit der Technik die Installation von Lichtwellenleitern wirklich Sinn macht. Es ist wichtig, dass die grossen Datenmengen wirklich funktionieren. Es ist wichtig, dass die Mitarbeiter effizient arbeiten können und nicht durch Systemzusammenbrüche am Abend länger arbeiten müssen, das kenne ich selber aus meiner beruflichen Situation. Das generiert Überstunden und grössere Kosten. Die SVP-Fraktion stimmt beiden Anträgen zu.

Luca Erhart: Auch wir von der Fraktion SP/Grüne haben dieses Geschäft geprüft und sind zum Schluss gekommen, den Antrag zu unterstützen. Die Technologie mit den Kupferleitungen ist

heute nicht mehr zeitgemäss, und wir werden mit dieser Investition etwas für die Zukunft machen.

Robert Wyss: Auch über dieses Traktandum wurde ich bei der Besichtigung im Gemeindehaus informiert. Die egs hat bereits Glasfasern ins Gemeindehaus gezogen. Die egs hat ein sehr gutes Angebot unterbreitet. Die CVP/BDP-Fraktion hat diskutiert und festgestellt, Entwicklung findet statt, wir brauchen eine neue Technologie. Kupferleitungen sind nicht so leistungsfähig wie ein Glasfaserkabel. Es ist eine für die Zukunft ausgerichtete Investition. Wir stimmen den Anträgen einstimmig zu.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

- a) Erschliessung Technisches Zentrum mit Lichtwellenleitern (LWL), Verpflichtungskredit von CHF 16'000, inkl. MwSt.
- b) Erschliessung Gebäude Gemeindesaal (Betriebsamt) mit Lichtwellenleitern (LWL); Verpflichtungskredit von CHF 35'600, inkl. MwSt.

Die Anträge werden mit 35 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen angenommen.

8 2016.16 Parkraumbewirtschaftung Obersiggenthal, Verpflichtungskredit von CHF 63'000

Eintreten wird nicht bestritten.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Im Vorfeld wurde der Gemeinderat von verschiedener Seite zum Thema Parkraumbewirtschaftung um eine Kostenschätzung gebeten. Man will wissen, welche Investitionen damit verbunden sind. Mit dem vorliegenden Antrag möchten wir, eine eigentliche Konzeptarbeit erstellen, welche aufzeigt, welches die Ziele der Gemeinde sind. Wollen wir kostendeckend arbeiten oder wollen wir einen gewissen Überschuss generieren? Es werden Aussagen zu möglichen Massnahmen resultieren, welche z.B. Parkuhrzonen definieren, zeitliche Beschränkungen festlegen, Gebührenmodelle aufzeigen. Es werden Fragen angebracht, ob wir mit Parkkarten arbeiten wollen. Wie regeln wir die Ausnahmegewilligungen, wer hat Anspruch darauf? Das Resultat dieses Konzeptes, welches wir hier beantragen, zeigt auf, welche Kosten mit einer Umsetzung dieses Konzeptes auf uns zukommen werden und mit welcher Dauer für eine mögliche Amortisation gerechnet werden kann. Die Ausgangslage ist die, wir wollen das Abstellen von Fahrzeugen an ungeeigneten Orten verhindern. Wir wurden in letzter Zeit von Bewohnerinnen und Bewohnern kontaktiert, welche mit solchen Missständen konfrontiert wurden. Wir haben z.B. in der Rainstrasse eine Markierung vornehmen müssen, weil die Bewohner auf einer Strassenseite nicht mehr aus ihren Parkplätzen auf die Strasse gelangen konnten. Wir wollen Missbrauch von öffentlichen Parkplätzen und Quartierstrassen stoppen. Oft parkieren Pendler ihr Auto in Quartierstrassen und gehen dann zu Fuss oder mit dem ÖV zur Arbeit nach Baden. Heute haben wir innerhalb der Gemeinde und in der Region eine uneinheitliche Regelung. Baden Regio hat ein regionales Parkraumkonzept erarbeitet. Wir lehnen uns an dieses Konzept an. Je länger, desto mehr zeigen sich die Schwächen unseres gültigen Parkierungsreglements aus dem Jahr 1996, welches ein effizientes und wirksames Inkasso der Nachtparkgebühren kaum zulässt. Es basiert nur aufgrund der gemeldeten Fahrzeugnummern. Wir haben keine Vignette oder ähnliches, welche für die Polizei einfach erkennbar wäre, ob eine Parkbewilligung vorliegt oder nicht. Mit dieser Konzeptarbeit wollen wir ein sogenanntes Partizipationsverfahren durchführen. Das bedeutet,

wichtige Akteure können sich im Rahmen von Workshops einbringen. Dazu gehören Wohnbevölkerung, Gewerbevereinigung, Detailhändler, Ortsparteien, Gemeindeangestellte, Lehrerschaft, Quartiervereine, Verbände, Kirchenpflegen etc., welche sich zu diesem Thema äussern können. Damit kann ein allgemein verträgliches Reglement erstellt werden. Es wurde auch gefragt, ob die Gemeinde auf Private Einfluss nehme. Dazu ist ein paralleles Konzept angedacht mit dem sogenannten Kommunalen Gesamtplan Verkehr, welcher auf Private Einfluss hat. Dieses Geschäft wird voraussichtlich im September 2016 der Einwohnerratssitzung unterbreitet. Die fachlichen Arbeiten sehen wir bei CHF 50'300. Das Partizipationsverfahren ist relativ teuer, ist aber ein wichtiges Element für die Umsetzung. Dann haben wir weitere Kosten wie zum Beispiel Verpflegung während Workshops, Erstellung von Unterlagen etc. eingerechnet. Die Terminplanung ist folgendermassen vorgesehen: Projekt und KV (inkl. Partizipation) bis Ende des ersten Quartals im nächsten Jahr, Genehmigung Projekt, KV, Reglement (EWR) Mitte Jahr 2017, Realisierung Massnahmen Sommer 2017 und die Inkraftsetzung Ende nächsten Jahres. Ich möchte beliebt machen, dem Konzept zuzustimmen. Wird der Antrag abgelehnt, dann ist das eine reine Verschiebung nach hinten. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass das Konzept nicht aus der laufenden Rechnung bestritten wird, sondern dass wir das aus der Mehrwertabschöpfung bestreiten können. Natürlich werden Investitionsfolgekosten die laufende Rechnung auch beeinflussen.

Patrick Hehli: Die SVP hat mit Freude von diesem Traktandum Kenntnis genommen und behandelt. Ich muss zugeben, wir waren etwas erstaunt, denn vor zwei Jahren wurde aus Sicht des Gemeinderates noch von keinem Parkplatzproblem in unserer Gemeinde gesprochen. Nach Aktenstudium der Unterlagen zu diesem Traktandum oder nach Betrachten des hier gezeigten Bildes, dann stehen wir knapp vor einem akuten Parkplatzproblem. Für uns bedeutet die Vorlage einen ersten, schon lange notwendigen Schritt in die richtige Richtung. Leider ist der Gemeinderat nur langsam oder gar nicht lernfähig. Schon mehrmals wurde im Rat bei anderen Vorlagen bemängelt, dass nur eine Offerte eingeholt wurde oder vorliegt. Auch in diesem Fall vermissen wir ganz klar das Aufzeigen einer Konkurrenzofferte. Leider ist man wieder bereit, wenn nötig, die Firma zu berücksichtigen, weil bereits ca. CHF 4'500 nicht budgetiert ausgegeben wurde. Der Preis für die Erarbeitung eines Konzeptes erscheint uns mit CHF 63'000 schon sehr hoch. Ich hätte rundum diverse Beispiele und aktuell sogar topaktuelle Versionen von überarbeiteten oder neuen Parkierungskonzepten und -reglement zum Beispiel mit Wohlen und Wettingen. Was verteuert die Angelegenheit? Muss man das Rad neu erfinden? Nein, wir sind der Meinung, dass doch einiges von Nachbargemeinden übernommen werden und auf unsere Gegebenheiten angepasst werden könnte. Wir begrüssen eindeutig das Einsetzen einer Arbeitsgruppe auf Ebene der Gemeinde und hoffen doch sehr, dass Verkehrskommission, Gewerbe, Parteien, Quartiervereinigungen mit ins Boot geholt werden. Was allerdings das Gemeindepersonal in dieser Arbeitsgruppe machen sollte, das ist uns schleierhaft und wir erachten dies als unnötig. Wie heisst es doch so schön: zu viele Köche verderben den Brei. Wir bezweifeln, dass die Gruppierung Gemeindepersonal wirklich für die von uns schon längst geforderte Gebühr für das Tagesparkieren auf Gemeindeebene, für diejenigen, welche keine Schichtarbeiten. So egoistisch wie es sich auch anhört, es ist an der Zeit für uns zu schauen. Wir sind der Meinung, dass wir uns von Baden Regio schon zu lange haben leiten lassen. Diese Organisation hat nur ein Interesse an den Kerngemeinden Wettingen und Baden. Dies kann auch aus dem Bericht in der Aktenauflage entnommen werden. Im Bereich Verkehr haben wir ja durch die Mithilfe Baden Regio tagtäglich spüren können, was in unserem Dorf abgeht. Wir müssen jetzt eine Lösung für unsere Gemeinde suchen und finden und nicht auf Profitgier aus sein. Wir müssen eine verträgliche Lösung finden, welche verträglich ist für das Gewerbe, für die Bevölkerung in den Quartieren. Sollte dies am Schluss auch noch für Baden Regio verträglich sein, dann ist das auch gut. Wenn nicht, dann macht es auch nichts. Wir bitten den Rat, trotz hoher Kosten diesem Antrag zuzustimmen. Wir möchten dem Gemeinderat aber beliebt machen, in Zukunft eine zweite Offerte einzuholen. Die Mehrwertabschöpfung muss ja nicht zwingend strapaziert werden, wenn nicht nötig. Vielleicht ist die Formulierung unter Punkt 4 etwas unglücklich. Wenn man das so liest, dann könnte man meinen, dass die Kosten ja keine Rolle mehr spielen, man kann diese aus der Mehrwertabschöpfung herausziehen. Wir bitten Sie, den Antrag zu unterstützen mit dem Wissen,

dass leider Gottes auch Folgekosten daraus entstehen und dass dem Wildwuchs mit dem Gratisparkieren in unserer Gemeinde endlich der Riegel geschoben werden kann.

Theo Flückiger: Wir von der SP/Grüne begrüßen, dass man das Konzept in Angriff nehmen will und unterstützen den Antrag mit Bedingungen. Es muss klar eine Aussicht bestehen, dass das Konzept auch Chancen zur Realisierung hat, sonst ist es zu teuer. Wir sind der Meinung, dass eigentlich das Vorgehen falsch aufgegleist wurde. Eigentlich gehört zuerst der Kommunale Gesamtplan Verkehr an die erste Stelle, denn man soll zuerst planen und dann ausführen. Doch weil hier beides parallel geplant ist, sehen wir, dass wir auf gutem Weg sind und dass dies als Teil vom Kommunalen Gesamtplan Verkehr umgesetzt werden kann. Studieren wir das etwas genauer, dann sehen wir, dass das ein wesentlicher Punkt ist, aber leider nur ein Teilpunkt. Eigentlich muss zuerst ein sauberes Konzept vorliegen, bevor investiert wird. Doch es wurde bereits erwähnt, es soll gemeinsam angegangen und umgesetzt werden. In diesem Sinne ist es auf gutem Weg. Zum zweiten habe ich abgeklärt, wie es kostenmässig aussieht. Ich habe von Herr van Bouwelen gute Auskünfte erhalten. Was heisst das, dass wir eine wirtschaftliche Situation erwarten wie in der Vorlage in Aussicht gestellt? Man hat verschiedene Gemeinden im Umfeld angefragt und sehr positive Rückmeldungen betr. Wirtschaftlichkeit erhalten, was für die Gemeinde aus finanzieller Sicht sehr interessant ist. Das ist auch ein wichtiger Aspekt, damit das ganze Projekt auch Aussicht für eine Umsetzung hat. In diesem Sinne sind für uns die Rahmenbedingungen formuliert, dass das auch weitergeht und darum unterstützen wir den Antrag.

Peter Marten: Wer A sagt muss auch B sagen, das ist ein bekanntes Sprichwort. In diesem Fall möchte ich das Sprichwort um einem weiteren Buchstaben C erweitern. Stimmen wir diesem Antrag zu, dann ist das nur von Nutzen, wenn es auch umgesetzt wird. Da sind wir gleicher Meinung. Eine Umsetzung mit Markierungen, Sperrungen etc. wird Kosten verursachen. Zu diesem Thema haben wir im Moment Blindflug. Es wird aber auch Erträge geben. Zu diesem Element haben wir ebenfalls Blindflug, weil, das wäre der Buchstabe C vom Sprichwort, wir nicht wissen, ob konsequent durchgesetzt wird. Wir haben auch jetzt ein Reglement, welches durchgesetzt werden könnte. Es ist schwierig, aber es wäre theoretisch machbar. Weil es schwierig ist, wird es nicht umgesetzt und weil schlicht und einfach die Ressourcen anders priorisiert eingesetzt werden. Das A nützt uns nichts, wenn B nicht kommt. Kommt B und C wird nicht gemacht, dann sind A und B für die Katze. Hier erwarte ich mehr Angaben oder mehr Fleisch am Knochen. Mir ist klar, es ist unmöglich die exakten Kosten zu nennen. Doch wir sind sicher nicht die einzige Gemeinde im Kanton Aargau, welche eine Parkraumbewirtschaftung umsetzen möchte. Man könnte doch Vergleichszahlen vorlegen. Man könnte doch sagen, ich nehme einfach ein Beispiel mit der Gemeinde Wettingen. Wettingen hat so und so viele Verkehrsflächen, so und so viele Parkflächen und die Kosten haben sich in etwa in diesem und diesem Bereich präsentiert. Nehmen wir eine andere Gemeinde, zum Beispiel Frick, dann sieht man Zahlen und die finanzielle Belastung für eine Gemeinde in einer anderen Grössenordnung. Mit solchen Vergleichen könnte man doch Zahlen ableiten. Es ist klar, dass diese Zahlen nicht verbindlich wären, doch es gäbe eine Idee. Dann hätten wir auch eine Vorstellung, welche Erträge retour kämen. Dann könnte man mit der Stadt- oder Regionalpolizei sprechen und darum bitten, umzusetzen, wenn alles klar geregelt ist. Vielleicht müssten wir dann mehr bezahlen. Ich finde, es ist einiges unklar, und ich kann dem Antrag in vorliegender Form nicht zustimmen.

Volkmar Hauelsen: In der Fraktion CVP/BDP haben wir uns sehr gewundert, dass nach dieser kurzen Zeit bereits jetzt das Traktandum wieder auftritt. Ich persönlich habe mich jetzt über den Enthusiasmus Geld auszugeben auch sehr gewundert. Wir sehen absolut keinen Bedarf. Ich frage mich, wo ist das Problem. Die Fallbeispiele, welche wir gesehen haben, sind richtig, es gibt singuläre Ereignisse und da gibt es ein Engpass. Einzelne Ereignisse ja, damit können wir ja wohl leben. Die ganze Woche über sehe ich keine Engpässe hinsichtlich Parkraum in Obersiggenthal. Wildes Parkieren, ja, mag wohl lokal ein Problem sein. Aber das werden wir nicht mit Parkraumkonzept lösen, wildes Parkieren ist verboten und das muss man mit entsprechenden Bussen bestrafen. Aber im Parkraumkonzept, will ich dann zum wilden Parkieren eine Parkuhr aufstellen? Das wird nicht das Bekämpfungskonzept sein. Somit sehen wir keinen

Handlungsbedarf und es ist nicht richtig, neue Regularien aufzustellen und Geld in dieser Höhe auszugeben. Wenn man anderer Meinung ist, und wir meinen, wir brauchen ein Parkraumkonzept, dann muss man sich diesen Betrag gut anschauen und da verweise ich auf das Gesagte von Peter Marten. Ich will das noch mit dem D ergänzen. Es kommen noch Betriebskosten dazu, Systeme müssen gewartet werden. Wir reden hier über CHF 63'000. Beratungsleistung CHF 63'000, dem folgen Investitionen in ein System, das wir noch nicht kennen. Damit bin ich der Meinung, spekulativ, werden wir tief sechsstellige Beträge aufwerfen müssen. Diese Beträge müssen irgendwann mittels Parkgebühren zurückkommen. Die Wirtschaftlichkeit, die du erwähnt hast, Theo, die mag gegeben sein. Ich sehe sie hier nicht, Blindflug war dein Stichwort, und das trifft es für mich genau. Diese Wirtschaftlichkeit muss man erst mal aufzeigen für die Summe, die wir da investieren. Ich sehe sie überhaupt nicht. Ob die investierten Franken aus der Mehrwertabgabe kommen oder sonst woher, spielt für mich überhaupt keine Rolle. Jeder Franken, ob aus der Mehrwertabgabe oder sonst woher, hat den gleichen Durchmesser und dieselbe Dicke. Deswegen sehen wir weder die Veranlassung noch in dem Antrag irgendeine Vernunft, eine Zielvorstellung rüber zu bringen. Es ist ein reiner Blindflug. Wir wissen nicht, was wir investieren und wir wissen nicht, was davon jemals zurückläuft. Deswegen möchte ich Euch alle bitten und möchte beliebt machen, in der kurzen Zeit, die uns verbleibt, bis uns die Präsidentin zur Stimmabgabe aufruft, sich das nochmals vor Augen zu führen, ob wir in unserer heutigen Situation, die wir häufig diskutieren, wirklich diesen finanziellen Blindflug mit diesen hohen Investitionen fliegen sollen. Ich bin der Meinung nein. Unsere Fraktion ist einstimmig und sehr klar der Meinung nein.

Patrick Hehli: Ich möchte dementieren. Ich hatte am Montag frei und hatte mich um 10 Uhr zur Aktenaufgabe ins Gemeindehaus begeben. Es hatte genau zwei freie Parkplätze und zwar den Parkplatz für Behinderte und ein normaler Parkplatz. Der Kiesplatz ist für mich nach wie vor kein Parkplatz, denn um 10 Uhr haben die Kinder Pause. Der Kiesplatz ist für mich ein Schulhausplatz. Das war schon zu meiner Schulzeit so. Wenn es also auf einem Gemeindeplatz morgens um 10 Uhr an einem Montag nur noch zwei freie Parkplätze hat, dann hat man ein Parkplatzproblem. Joggt oder bikt man am Abend durch das Dorf, dann hoffe ich einfach, dass nie ein Brand ausbricht, weil das TLF nicht durchkäme. Sie können sich gerne mit einem TLF-Chauffeur unterhalten und fragen, wie es ist, mit einem 2.50 m breiten Fahrzeug eine Rainstrasse zu passieren, wo rundherum parkiert wird. Ich kenne Beispiele von Überbauungen, wo Besucherparkplätze im Aesch immer besetzt waren. Anlässlich einer Eigentümersversammlung wurde beschlossen, dass dies so nicht weitergehen kann. Diejenigen Firmenfahrzeuge stehen tagtäglich und über das Wochenende auf dem Schwimmbadparkplatz. Ich frage Sie, muss die Gemeinde dem Firmenfahrzeugbesitzer gratis und franko einen Parkplatz zur Verfügung stellen? In der Studacherstrasse hat es fast keinen Wohnraum. Dort stehen Wohnwagen und Autos teilweise ohne Nummern wochenlang parkiert. Soviel zum Thema kein Parkplatzproblem zu haben. Wir haben ein Parkplatzproblem. Für mich beginnt das Problem bereits damit, wenn die Gemeinde gratis Parkplätze zur Verfügung stellt. Die zweite Feststellung Kostenblindflug. Ich gebe Ihnen Recht, dass in der Auflage, im Konzept keine möglichen Folge- oder Investitionskosten genannt wurden. Aber ich muss hier festhalten, als interessierter Politiker studiere ich alle Presseberichte. Letzte Woche wurde in Wohlen eine Parkraumbewirtschaftung beschlossen. Man kann Summen aus solchen Pressemitteilungen entnehmen. Mit Stichworten im Computersystem zum Beispiel Google, Parkplatzkonzepte, dann sehen Sie mögliche Investitionssummen. Ich bin sicher, dass wird sich im Rahmen von CHF 160'000 bis CHF 200'000 bewegen, je nachdem in welchem Rahmen umgesetzt wird mit Barrieren, Parkuhren, Markierungen. In den meisten Gemeinden, wie es auch in der Aktenaufgabe beschrieben wurde, sind diese Kosten alle zurückgekommen und irgendwann hat sich eine Null-Rechnung präsentiert. Es gibt sogar Gemeinden, welche auf Profit arbeiten. Ich wollte meine Ausführungen zu den beiden vorgenannten Argumenten aufgezeigt haben. So einfach können wir uns das auch nicht machen. Jetzt drücken wir auf den Sparrappen. Heute Abend haben wir schon ziemlich züggig Geld ausgegeben.

Josef Sieber: Patrick, ich muss Dir Recht geben. Wir haben sicher ein Parkplatzproblem. Doch wie wir dasselbe lösen können, hast Du bereits selber gesagt. Es gibt so viele Gemeinden in der Region, welche ein Parkplatzreglement haben. Man kann doch prüfen, was diese haben.

Dann kann man in einer Arbeitsgruppe zusammensitzen und ein aktualisiertes Reglement erarbeiten, welches für unsere Gemeinde passt. CHF 60'000 für die Erarbeitung? Da muss ich nein sagen.

Theo Flückiger: Es ist sicher unglücklich, dass die Zahlen in der Aktenaufgabe fehlten. Ich habe bei Herr van Bouwelen nachgefragt und habe auch gehofft, dass seitens des Gemeinderates die Zahlen heute Abend präsentiert würden. Ich kann zwei Beispiele nennen, über welche ich informiert wurde. Wohlen hat 16'000 Einwohner. Es wurden CHF 240'000 investiert. Die Betriebskosten betragen CHF 383'000. Die Einnahmen betragen CHF 407'000. Das kann man hochrechnen, doch das wird irgendwann amortisiert sein, was ausgegeben wurde. Bad Zurzach, eine viel kleinere Gemeinde, hat 4'100 Einwohner. Die Investitionen betragen CHF 155'000, die Betriebskosten waren viel tiefer, weil sie ihr Konzept anders auslegten, es ist mehr oder weniger selbstregulieren, betragen CHF 121'000 und Einnahmen von CHF 266'000. Sehen wir die Zahlen, dann ist es schon so, dass es sich beginnt zu rechnen.

Volkmar Hauelsen: Wenn parkiert wird, sodass Einsatzfahrzeuge nicht passieren können, auch das Problem können wir nicht mit einem Parkierungskonzept lösen. Denn wenn die Parkgebühr von CHF 1 oder CHF 2 bezahlt sind, dann stehen die Autos immer noch da. Da kommt kein TLF besser durch. Und wenn die Strasse wirklich versperrt ist, dann helfen Bussen aber kein Parkierungskonzept. Dann dürfen die Autos nicht stehen, wenn Einsatzfahrzeuge behindert werden. Stehen dann noch Firmenfahrzeuge auf dem Schwimmbadparkplatz, das ist ja wirklich ein furchtbares Szenario. Dazu muss ich aber sagen, dass das bei mir nicht den Schmerz auslöst, dass ich bereit bin, mich auf einen Blindflug zu begeben, für den ich jetzt CHF 63'000 plus folgend eine tief sechsstellige Summe als Startgebühr investieren muss.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir haben Richtofferten und wir werden selbstverständlich mit dem Anbieter in Verhandlungen treten. Es ist ja nicht ein Submissionsverfahren, wir können eine Direktvergabe vornehmen. Als Folge dessen kann auch verhandelt werden. Falls dies nicht klappt, dann behalten wir uns vor, eine weitere Ausschreibung durchzuführen. Ich versuchte vorhin darzulegen, dass Obersiggenthal nicht ganz so klein ist. Wenn nun bei euch das Gefühl entstanden ist, man kann ganz locker ein Parkierungsreglement erarbeiten, muss ich sagen, dem ist nicht so. Nehmen wir beispielsweise spezielle Kontrollen, welche bereits erwähnt wurden mit dem Hinweis, dass das überhaupt kein Problem sei. Wir haben damit einen Aufwand, denn wir haben uns der Regionalpolizei angeschlossen. Die Regionalpolizei führt zurzeit diese Kontrollen durch. Wollen wir aber zum Beispiel pensionierte Personen mit der Aufgabe engagieren, welche den ruhenden Verkehr kontrollieren könnten, dann muss ein Regime erarbeitet werden, welches verständlich ist. So könnten dann Bussen verteilt werden. Wir stellen uns zum Beispiel vor, dass wir die Parkfelder, welche auf den Strassen liegen, speziell kennzeichnen. Dann ist klar, dass nur auf den Parkfeldern parkiert werden darf und sonst nirgendwo. Das wäre auch kontrollierbar. Ebenso könnte eine Vignette für die Nachtparkierer, welche in unserer Gemeinde wohnen, abgegeben werden, was dann auch kontrollierbar wäre. Dazu braucht es Vorarbeit. Diese Vorarbeit ist mit CHF 63'000 offeriert. Wichtig ist aber das Partizipationsverfahren, welches erfahrungsgemäss sinnvoll ist. Vielleicht nicht mit den Gemeindeangestellten, das ist wohl auch nicht matchentscheidend. Ich möchte schon beliebt machen, unseren Antrag zu genehmen und ich weiss nicht, weshalb nun plötzlich ein Parkraumbewirtschaftungskonzept abgelehnt werden soll. Wir haben keine Ordnung auf den Strassen und uns fehlen die Instrumentarien, um dagegen Einfluss zu nehmen. Ich bitte euch, diese Punkte ebenfalls in eure Entscheidung miteinzubeziehen.

Peter Marten: Es gibt noch einen weiteren Weg, damit wir noch etwas mehr Zeit haben zum Studieren. Ich stelle einen Rückweisungsantrag. Das Geschäft GK 2016/16, Parkraumbewirtschaftung Obersiggenthal ist zurückzuweisen. Die erneute Vorlage soll Konkurrenzofferten beinhalten, die Kosten für die Umsetzung aufzeigen, mögliche Erträge aufzeigen, mögliche Betriebskosten aufzeigen, Zusagen über die konsequente Durchsetzung aufzeigen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Das Resultat aus dem Konzept ist ein Parkraumreglement. Das Reglement bestimmt, was läuft. Das jetzt gehörte, das heisst für mich, dass alles schon geliefert werden muss bevor überhaupt ein Konzept steht. Es ist eigentlich von mir aus gesehen nicht erfüllbar.

Peter Marten: Im Gegensatz zu Patrick Hehli habe ich leider nicht so viel Zeit, Zeitungsartikel zu lesen. Es geht mir nicht darum, dass alles perfekt dargestellt werden muss. Doch ich habe einfach Mühe damit, wenn jemand sagt, ich habe diesen Artikel gelesen mit diesen Zahlen und einen anderen Artikel mit anderen Zahlen. Es wurden ja bereits einige Abklärungen getroffen. Doch es sollte ein Gespür übermittelt werden, damit wir wissen, wo und wie wir stehen. Wenn die Umsetzung anstelle von CHF 250'000 dann CHF 300'000 kostet, dann ist es so. Aber wir müssen doch Informationen haben. Mir kann niemand versichern, aufgrund der heute gehörten Zahlen mit reinem Gewissen genügend Informationen über die Kosten zu haben. Es geht nicht um eine Doktorarbeit, sondern es geht darum, dass wir ein besseres Gespür bekommen. Dann haben wir eine bessere Grundlage zur Entscheidungsfindung.

Patrick Hehli: Peter, den Finanzteil lese ich nicht, den wirst Du lesen. Ich lese dafür den Regionalteil. Ich finde, wir sollten dem Antrag von Peter Marten folgen. Ich finde, das ist momentan bei dieser Patt-Situation der beste Weg. Wir werden heute einen Rückweisungsantrag stellen. Doch es ist nach wie vor ein Parkplatzproblem vorhanden. Aber ich denke, das haben wir in unserem Votum kommuniziert, eine Konkurrenzofferte hat noch nie geschadet. Diese Problematik mit dem Fehlen von Konkurrenzofferten haben wir schon x-mal bemängelt. Könnte man die eventuellen Zahlen aufzeigen anhand von zwei bis drei Beispielen, wie von Theo bereits erwähnt, dann schadet das auch nicht. Ich möchte beliebt machen, dem Antrag der FDP zu folgen und das Geschäft zur Überarbeitung zurückweist. Es eilt jetzt auch nicht, denn vor zwei Jahren hatten wir ja auch kein Problem.

Erich Schmid: Eine Bemerkung zur Durchsetzung des Reglements aus dem Jahr 1996. Das mag stimmen, doch das ist genau der Punkt C, welchen Peter Marten angesprochen hat. Wenn wir heute ein Problem haben, weil ein TLF die Strasse nicht passieren kann, dann ist das nicht ein Parkraumbewirtschaftungsproblem. Dann ist es ein gesetzliches Problem. Die Strassen müssen für die TLF-Fahrzeuge frei sein. Soviel ich weiss, steht das im Strassenverkehrsgesetz. Das Konzept, welches ihr umsetzen wollt, nützt dem TLF nichts. Es muss nur das Strassenverkehrsgesetz umgesetzt werden und nicht nur das Konzept einer Kommune. Dieter, du hast vorhin erwähnt, es bestehe ein Chaos mit den Parkplätzen in Obersiggenthal. Ich muss betonen, dass vor zwei Jahren über dieses Thema diskutiert wurde. Da hat der Gemeinderat das Postulat der SVP als marginales Problem beantwortet. Innerhalb von zwei Jahren sind anscheinend die Parkplätze explodiert. Ich frage mich auch, wenn Wohnwagen ohne Nummern, Geschäftsautos in Quartieren parkieren, können wir mit dem alten Reglement nicht dagegen vorgehen? Steht im Strassenverkehrsgesetz diesbezüglich etwas? Ich habe keine Ahnung und weiss das nicht. Aber ein Auto ohne Nummer auf der Strasse zu parkieren, dann nützt das Parkraumbewirtschaftungskonzept nichts. Man muss das Gesetz durchsetzen. Punkt C von Peter Martens Ausführungen müsste man machen. Private würden diesen Tarif nicht bezahlen. KBOB ist vom Bund eine Empfehlung, wie die Ansätze für Planung- und Ingenieure sein müssen. Die beziffern den Ansatz mit CHF 160. Eine andere Organisation vom Bund ist das ASTRA. Die vergibt Aufträge für CHF 52. Ich sage nicht, dass das gut ist, das ist idiotisch. Aber CHF 160 Mittelansatz wird sozusagen nirgends bezahlt. Das ist die Grundlage der vorliegenden Offerte. Wir müssen nicht von 2 oder 3 % Rabatt sprechen. Der Markt präsentiert sich ganz anders.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Besitzer des Wohnwagens in der Studacherstrasse bezahlt Nacht-Parkplatzgebühren.

Christian Keller: Ein Hinweis zum Votum von Erich. Das Problem liegt ja in unserer Gemeinde, weil das Parkieren in unserer Gemeinde auf Gemeindestrassen überall erlaubt ist. Solange keine Markierungen bestehen, ist die Verlockung einfach gross, das Auto abzustellen. Es gibt einen Wildwuchs. Man hat das auch in der Verkehrskommission überprüft. Im Bereich Rainstrasse ist es zum Teil sehr kritisch. Man musste Markierungen anbringen, um gefährliche

Situationen zu vermeiden. Ich möchte von Gemeindeammann gerne wissen, welche Auswirkungen das Verschieben des Parkraumbewirtschaftungskonzepts auf das KGV (Kommunaler Gesamtplan Verkehr), welches in Vorbereitung ist, hat? Mich interessiert auch, weshalb das Parkraumbewirtschaftungskonzept so kurz vor dem KGV dem Einwohnerrat vorlegt?

Dieter Martin, Gemeindeammann: KGV lag zeitlich nicht drin. Wir hatten das Gefühl, dass es sinnvoll ist, das Parkraumbeschaffungskzept vorzulegen. Wir haben ja informiert, dass das KGV voraussichtlich im September vorgelegt wird. Kommt es heute zu einem Rückweisungsantrag des Parkraumbewirtschaftungskonzepts, dann müssen wir prüfen, wie wir zeitlich alles zusammen bringen.

Christian Keller: Es gibt ja auch einen inneren Zusammenhang zwischen Parkierungsfragen und KGV. Darum hat es mich verwundert, dass das Parkraumbeschaffungskzept jetzt kommt, obwohl der KGV in Vorbereitung ist.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Zusammenhang besteht nur in der Einflussnahme, wenn eine Bewirtschaftung der Parkfelder auf privatem Grund vorgeschrieben werden soll.

Daniel Meier: Im Zentrum haben wir neben dem Gemeindehaus mit dem offenbar vollen Parkplatz auch noch das ganze Markthofareal. Der Markthof betreibt Werbung mit Gratisparkieren und probiert die Leute ins Dorf, in die Shoppingarea zu bringen. Wenn wir rundum beginnen, das Parkplatzkonzept aufzubauen und der Markthof weiterhin gratis bleiben wird, dann macht alles wenig Sinn. Wohl wird der Markthof nachziehen und Gebühren einfordern müssen. Der findige Einkäufer wird sich dann überlegen, wo kann ich noch günstiger einkaufen und geht dann auswärts. Ist das nicht kontraproduktiv?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Es ist nicht zwingend, wenn man von Parkplatzbewirtschaftungskonzept spricht, dass es unbedingt monetär sein muss. Ich kann mir vorstellen, dass der Markthof eine reglementierte Parkbewirtschaftung hat und dass es möglicherweise Leute gibt, die dorthin fahren, wo nichts zu zahlen ist. Der Markthof muss sich mindestens überlegen, ob eine Barriere installiert werden soll oder nicht. Das heisst aber nicht, dass das Parkieren etwas kostet. Es kann sein, dass die ersten 1 ½ Stunden gratis sind. Die Option ist ja vorhanden. Über Gebühren etc., wie es monetär bewirtschaftet wird, ist etwas, das aus dem Konzept heraus entstehen muss, welche Marschrichtung die Gemeinde gehen will.

Volkmar Hauelsen: Wir haben gehört, dass viele Erwartungen in das Konzept gesetzt werden, welche mit der Durchführung des Konzepts gar nichts zu tun haben, sondern durch bestehendes Strassenverkehrsgesetz zu erledigen sind. Eine Erwartung war die vielen Autos in den Strassen. Ich sehe überhaupt nicht, wie man die mit einem Parkbewirtschaftungskonzept weg bekommt. Irgendwo müssen die hin. Es gibt einige wenige, die hier parkieren und nach Baden laufen oder mit dem Bus fahren. Von diesen Personen werden wir keinen Franken gewinnen, die fahren einfach gleich weiter nach Baden. Die anderen Autos müssen irgendwo hin. Wenn wir ein riesen Leerstand bei privaten Tiefgaragen hätten, das wäre ja schön. Doch das haben wir nicht, also werden die einfach eine Dauerparkkarte lösen und die stehen nach wie vor auf der Strasse. Das kriegen wir so auch nicht weg. Der Umsatz im Markthof wird nicht steigen und die Frequenzen im Schwimmbad wird nicht weniger.

Marcel Müller: Wir müssen aufpassen, Volkmar. Wir werden für Auswärtige eine P+R-Destination. Die Auswärtigen fahren in unsere Gemeinde, möglichst nahe der Grenze zu Baden, dann laufen sie nach Baden oder nehmen den Bus. Wir an der Boldistrasse erleben immer wieder, dass Autos wochenlang zum Teil ununterbrochen oder mit Unterbrüchen parkiert werden. Sind wir dann eine der wenigen Gemeinden, welche keine Parkgebühren erhebt? Dein Argument Volkmar, dass die Leute dann weiter nach Baden fahren, stimmt nicht. In Baden muss überall bezahlt werden. Die Autofahrer parkieren dort, wo nichts bezahlt werden muss und zwar zum Teil tagelang. Kürzlich konnte ich einen Autofahrer mit WT-Nummer anspre-

chen. Diese Person arbeitet bei ABB, geht auf Geschäftsreisen, das Auto steht die ganze Woche. Eine solche Person müsste zahlen. Wir können keine Gratisparkplätze zur Verfügung stellen, welche tage- und wochenlang das Auto parkieren. Diese Gefahr steigt.

Volkmar Hauelsen: Ich gebe Dir völlig Recht. Wenn das alles so kommt, und das mag so kommen, dann ist irgendwann Handlungsbedarf gegeben. Jetzt ist er nicht da. Unsere Kollegen aus der Boldistrasse haben gesagt, sie finden es sogar noch gut, wenn da ab zu Fahrzeuge stehen, dann ist es tagsüber eine Verkehrsberuhigung. Die Leute, die jetzt hier gratis parkieren um dann nach Baden zu fahren, fahren bei einer Zahlpflicht zum Parkieren weiter nach Baden, denn dann sind sie schon im Büro. Sprechen wir dann noch über Ausnahmeregelungen und den Markthof könnte man noch eine Stunde gratis machen, die Wirtschaftlichkeit geht dann noch weiter nach hinten. Dann mache ich nicht einen Blindflug mit Augenklappen, sondern setze noch eine dicke Sonnenbrille auf.

Ursula Haag: Wir stimmen jetzt über den Rückweisungsantrag ab.

Abstimmung

Antrag Peter Marten: Das Geschäft GK 2016/16 Parkraumbewirtschaftung ist zurückzuweisen. Die erneute Vorlage soll Konkurrenzofferten beinhalten, die Kosten für die Umsetzung aufzeigen, mögliche Erträge aufzeigen, mögliche Betriebskosten aufzeigen, Zusagen über die konsequente Durchsetzung aufzeigen.

Der Antrag wird mit 33 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung angenommen.

**9 2016.22 Anfrage Fraktion SP/Grüne zur Parzelle 61, Markthof Schild-Ost
 2016.21 Markthof Schild-Ost, Ermächtigung an den Gemeinderat zum Verkauf der
 Parzelle 61**

Eintreten wird nicht bestritten.

Christian Keller: Ich habe die Anfrage an den Gemeinderat gestellt, bevor klar war, dass das Geschäft für den Verkauf der Parzelle schon bereit ist. Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Anfrage. Ich bin mit der Antwort nicht ganz zufrieden, ich hätte mindestens bei einer Frage eine längere Antwort erwartet. Das Ziel meiner Anfrage war unter anderem eine Diskussion über den Wert des öffentlichen Raumes zu lancieren. Jetzt haben wir über Parkplätze gesprochen. In vielen Köpfen besteht nach wie vor die Meinung, man könne das Auto einfach irgendwo parkieren, dafür sei der öffentliche Raum da. Geht es um etwas, das den Menschen zugute kommt wie zum Beispiel ein Begegnungs- und Sozialraum, dann fehlt das Geld. Wir setzen andere Prioritäten oder man findet, man verkauft das Land. Dem wollte ich entgegenhalten und darum habe ich die Anfrage gestellt. Ich bin der Meinung, dass die Standortqualität einer Gemeinde sich nicht darauf beschränkt, einen tiefen Steuerfuss und gesunde Gemeindefinanzen zu haben. Es geht auch darum, dass eine gute Aufenthalts- und Standortqualität vorhanden ist, damit die Menschen sich überhaupt wohlfühlen. Und zwar nicht nur diejenigen, welche mit dem Auto unterwegs sind, sondern auch diejenigen Personen, welche zu Fuss zum Markthof zum Einkauf gehen wollen. Oder Leute im Rentenalter, welche das Auto abgegeben haben und nun mit dem Einkaufswägel zum Markthof spazieren. Im Alter ist man dann froh, dass es auf dem Weg zwischendurch Ruhebänke gibt, um sich auszuruhen. Werden all diese Plätze nun abgebaut und beseitigt, weil alles kostet und kein Geld vorhanden ist, dann haben wir irgendwann in der Gemeinde ein Problem. Aus all diesen Gründen habe ich diese Anfrage eingereicht. Ich bin mit der Antwort des Gemeinderates nicht einverstanden, welche sagt, es sei kein Ersatz geplant. Ich wollte dies vor dem

nächsten Geschäft vorausschicken und ich denke, wir können nun zum Geschäft 2016.21 übergehen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die Parzelle 61 östlich des Markthofes hat heute keine öffentliche Funktion mehr. Das stillgelegte WC funktioniert nicht mehr. Die Lage an dieser Strasse lädt nicht zum Verweilen ein. Abgesehen davon haben wir mit dem Bachmattareal sehr attraktive Aufenthaltsräume geschaffen. Aufgrund der heutigen finanziellen Möglichkeiten der Einwohnergemeinde und nach intensiven Gesprächen mit dem Investor kam man zum Schluss, dass sich die Gemeinde der Gestaltungsplanung finanziell nicht beteiligen kann. Im Rahmen der geplanten Überbauung Schild Ost soll deshalb die Parzelle dem Eigentümer der Nachbarparzellen verkauft werden. Alle anderen Parzellen im Schild Ost gehören dem gleichen Eigentümer. Mit dem Grundeigentümer der angrenzenden Parzelle ist ein Verkaufspreis von CHF 1'250 pro m² ausgehandelt worden. Mit diesem für Obersiggenthal sehr hohen Wert wird der Lage in der Zentrumszone Rechnung getragen. Ein Anteil an die Kosten für die Herbeiführung der Baureife ist in diesem Verkaufspreis bereits berücksichtigt, so dass die Kosten für die Entwicklung Teilgestaltungsplan vollumfänglich von der Eigentümerschaft übernommen werden müssen. Damit die Eigentümerschaft unter Einbezug der Parzelle 61 eine Planungssicherheit hat, schliesst der Gemeinderat mit dem Eigentümer nach Zustimmung des Einwohnerrates einen Vorvertrag ab, dass nach Abschluss des notwendigen Planungsverfahrens, spätestens vor Baubeginn, die Parzelle 61 gekauft werden kann. Punkte wie zum Beispiel Gewinnbeteiligung bei der Veräusserung von Perimeter Schild Ost vor einer Überbauung zu besseren Bedingungen als wir dem Investor verkaufen wollten, wird sich der Gemeinderat überlegen. Ich bitte den Einwohnerrat, dem Antrag zuzustimmen.

Stefan Semela: Die FDP-Fraktion hat das Geschäft besprochen. Der Verkauf ist eigentlich unbestritten. Das einzige, was zu Diskussionen Anlass gab, war der Preis. Wir wissen, dass andere Parzellen teurer verkauft wurden. Der Preis ist unseres Erachtens gerechtfertigt, wenn für die Gemeinde Planungskosten wegfallen. Aber genau für den Fall, dass die Parzelle vom Investor weiterverkauft wird, allenfalls mit dem gesamten Projekt, bevor gebaut wird. Wir sind der Meinung, dass sich die Gemeinde ein Gewinnanteilsrecht ausbedingen muss. Wir stellen einen entsprechenden Antrag: Es sei im Kaufvertrag für den Fall des Verkaufs der Parzelle 61 vor der Realisierung der Gesamtüberbauung Schild Ost ein Gewinnanteilsrecht für die Gemeinde zu vereinbaren. So kann sichergestellt werden, dass die Situation, von welcher wir ausgehen, dass die Planungskosten wegfallen, nicht eintritt und die Parzelle 61 zu einem höheren Preis weiterverkauft wird, dass sich die Gemeinde zumindest an einem Gewinn beteiligt.

Markus Renggli: Ich kann dem nicht viel beifügen. Die CVP hat im Grundsatz dem Verkauf zugestimmt auch mit der Idee, dass dem Dornröschenstadion-Projekt Schub verlieht werden soll. Innerhalb der Fraktion hat es Kolleginnen und Kollegen gehabt, welche den Preis bemängelt haben und entsprechende Nachverhandlungen fordern. Ein Faktor ist die Gewinnbeteiligung der Gemeinde, der andere Faktor ist der zeitliche Druck. Man hatte die Idee, dass mit dem Vorvertrag die Planung wirklich voranschreiten kann. Doch wie ich das jetzt richtig gehört habe, wurde eine neue Planung eingereicht. Stimmt das? Grundsätzlich stimmt die CVP-Fraktion dem Geschäft zu. Ich denke aber, dass der Antrag der FDP auch berücksichtigt wird.

Lukas Füglistler: Die SVP-Fraktion hat dieses Geschäft diskutiert. Wir sind der Meinung, dass dem Verkauf zugestimmt werden sollte. Im Schild Ost besteht Potential und es wäre schön, wenn die Kernzone sinnvoll gestaltet wird und dementsprechend der Markthof endlich Richtung Schild Ost fertig gestellt werden kann. Es soll etwas sinn- und zweckmässiges realisiert werden. Grundsätzlich unterstützen wir den Antrag der FDP mit dem Gewinnanteilsrecht. Aus meiner Sicht ist es etwas, das zu prüfen ist.

Patrick Hehli: Ich kann dem Antrag auch Folge leisten. Doch es stellt sich eine Frage. Wenn wir uns einig sind, dann heisst es noch lange nicht, dass die Gegenpartei auch einig ist. Wie ist in einem solchen Fall das Vorgehen der Gemeinde? Findet dann der Verkauf nicht statt, muss das Geschäft wieder zurück an den Einwohnerrat? Wie gehen wir dann vor? Oder sagt der Gemeinderat, wir bleiben bei der alten Variation.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir werden mit der Eigentümerschaft verhandeln. Wenn wir uns einigen können, dann ist es gut, wenn nicht, dann kommen wir zum Einwohnerrat zurück.

Urs Müller: Wir sind mit der Aussage von Gemeindeammann überrascht worden, dass heute der Gestaltungsplan eingereicht wurde. Wir hätten es gerne gesehen, wenn wir an diesem Gestaltungsplan aktiv mitgearbeitet und auch etwas bezahlt hätten. Wir hatten die Idee, dass der Preis von CHF 1'250 auf CHF 1'400 erhöht wird aber nicht zu Lasten vom Investor, sondern dass wäre der Anteil gewesen, welcher die Gemeinde an den Gestaltungsplan hätte zahlen können und damit auch eine klare Mitsprache gehabt hätte. Der Zug ist wohl abgefahren. Uns ging es darum, dass wir im Rahmen einer Überbauung im Schild Ost wirklich für die Gestaltung der Begegnungszone, wie der Gemeinderat schreibt, mit Fussweg, mitreden könnten. Ist das nicht möglich, dann muss geprüft werden, ich denke, da sind alle einverstanden, dass wir im normalen Planungsverfahren darauf Einfluss nehmen können. Es soll nicht einfach eine Überbauung realisiert werden, wo die Leute sich kaum irgendwo setzen oder durchlaufen können. Es soll wirklich eine gute Qualität entstehen. Das fehlt heute im Markthof. Es soll ein Platz geschaffen werden, wo man sich auch mit Kindern hinsetzen kann und da wäre die Hoffnung, dass der Gemeinderat den Daumen darauf hält.

Erich Schmid: Der Platz im Zentrum wurde vor zwei Jahren durch die Umzonung in der BNO massiv aufgewertet. Es besteht nun die Möglichkeit, dass in der Grössenordnung von 10 Stockwerken etwas erstellt werden kann. Die Gemeinde ist am Land verkaufen. Das finden wir gut, damit die Entwicklung im Zentrum vorangetrieben werden kann. Die Frage ist einfach, zu welchem Preis. Ich frage mich, ob CHF 1'250 in Obersiggenthal wirklich marktgerecht sind. Ich wohne ausserhalb vom Zentrum. Meine Nachbarn hatten in der W2- oder W3-Zone gegen CHF 1'000 bezahlt. Im Schild Ost sprechen wir von einem 10-stöckigen Haus, rechnen wir das um auf eine Wohnung, dann würde der m²-Preis bei 10 Stockwerken und einem Verkaufspreis von CHF 1'250 noch CHF 125 betragen. Kommen dann noch Umgebungskosten hinzu, nehmen wir mal an Faktor 2, dann sprechen wir von CHF 250. Für einzelne der CVP ist das zu tief und deshalb stellen wir den Antrag, den Preis auf CHF 1'500 m² zu erhöhen. In Obersiggenthal in der Breite, haben wir vor ca. 15 Jahren, Land verkauft. Es wollte jemand investieren, doch infolge einer familiären Situation wurde nicht investiert. Das Areal präsentiert sich immer noch gleich. Das Land ist verkauft und die Gemeinde kann keinen Einfluss mehr nehmen. Wir wollen deshalb, dass der Vertrag zeitlich beschränkt wird. So haben wir Gewähr, dass bei einer Verzögerung oder keiner Umsetzung der Überbauung das Land im Besitze der Gemeinde bleibt. Der zweite Antrag lautet: Im Vorvertrag mit den Entwicklungsträgern für den Kauf der Parzelle 61 wird eine Frist 31.12.2020, für den effektiven Kauf definiert. Bis zu diesem Zeitpunkt muss die Baugenehmigung vorliegen, ansonsten der Vorvertrag seine Gültigkeit verliert.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir setzen uns mit dieser Frist selber unter Druck. Ich schlage vor, dass die Frist um zwei Jahre erweitert wird, also bis 2022. Wir müssen ja auch den Gestaltungsplan genehmigen.

Erich Schmid: Ja, habe keine Probleme damit. Es muss vorwärtsgehen.

Jacqueline Magni: Ich gehe oft mit dem Einkaufswägel zu Fuss zum Einkauf, obwohl ich mich noch nicht zu der älteren Generation zähle. Ich habe diese Parzelle begutachtet und habe festgestellt, dass sich dort praktisch niemand ausruht oder aufhält und es spielen dort auch keine Kinder. Der Platz ist keine Grünzone zur Erholung. Der Eigentümer ist ja nicht gezwungen, die Parzelle zu kaufen. Er kann sagen, sorry, es ist zu teuer, ich werde um die Parzelle 61 bauen. Macht es Sinn, dass wir verkaufen zu einem Preis, der bezahlt wird, oder riskieren wir, dass die Parzelle 61 nicht verkauft wird?

Stefan Semela: Eine Antwort zum Votum von Patrick. Der Antrag der FDP wurde so formuliert, dass das Gewinnanteilsrecht nur dann zum Zug kommt, wenn vor der Realisierung verkauft wird. Bei den beiden Anträgen von Erich frage ich mich, ob es nicht eher die Realisierung erschwert oder gar verhindert. Irgendwann sagt der Investor nein zu diesen Konditionen und

Auflagen. Wie ich informiert bin, beinhaltet der Gestaltungsplan Parzelle 61. Um die Parzelle 61 zu bebauen wird wohl nicht funktionieren. Die Parzelle 61 muss in die Überbauung Schild Ost miteinbezogen werden. Aus Zeitungsartikeln kann entnommen werden, dass es nicht unbedingt nur an einer Person liegt, dass es nicht vorwärtsgeht. Ich bin mir nicht ganz schlüssig, ob die beiden Anträge von Erich das Ziel, dass die ganze Sache endlich vorwärtsgeht, wirklich unterstützen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die Parzelle 61 ist Bestandteil vom Perimeter Schild Ost. Im Gesamtgestaltungsplan ist das eine Teilparzelle. Die kann nicht einfach ausgeschieden werden.

Marcel Müller: Ich würde beliebt machen, dass die Parzelle 61 nur nach Prüfung Gewinnbeteiligung etc. verkauft wird. Das Ziel der Gemeinde muss sein, das ganze Areal mit der zur Diskussion stehenden Parzelle zu überbauen. Das macht auch sehr viel Sinn. Ob der Gesamteigentümer das selber realisiert oder weiterverkauft an einen Investor, das kann der Gemeinde gleich sein, wenn die Gemeinde ihren Einfluss im Planungsverfahren geltend machen wird. Das Ziel muss sein, dass dort in absehbarer Zeit eine Entwicklung stattfinden wird - auch aufgrund unserer finanziellen Verhältnisse. Es müssen dort mit einem verdichteten Bauprozess Wohnungen entstehen, denn wir haben ja auch sonst nicht sehr viel Bauland. Wir müssen uns nur noch über den Preis einigen.

Josef Sieber: Ich habe von niemandem gehört, dass wir die Parzelle behalten wollen. Da sind wir uns völlig einig. Es macht Sinn, dass die Parzelle verkauft wird. Nehmen wir in unserer Gemeinde einen Quadratmeter-Preis von CHF 700, das ist absolut der tiefste Preis. Berücksichtigen wir nun, dass man im Schild Ost drei Mal höher bauen kann, dann sind wir über CHF 2'000. Zusätzlich sprechen wir im Schild Ost von einer Toplage und in Einbezug der anderen Parzellen ist ein noch besseres Projekt möglich, da erscheint auch ein Quadratmeter-Preis von CHF 1'500 wenig. Ich gehe schon davon aus, dass der Eigentümer oder der Investor gut rechnen kann, und ich denke, dass er das Angebot von CHF 1'500 sehr gerne annehmen wird.

Christian Keller: Auch ich finde nicht, dass wir diese Parzelle unbedingt behalten müssen. Er lädt von der Lage her gesehen qualitätsmässig nicht zum Verweilen ein. Ich habe ein anderes Anliegen. Wer die Lage kennt, der weiss, dass dort ein wunderschöner alter Kalksteinbrunnen steht. Ich habe mich bei Albert Zulauf erkundigt. Er hat mir dann erklärt, wie der Brunnen dorthin kam. Der Brunnen steht seit 1888 und gehörte zu einem Hof, welcher bis in die 70er-Jahre dort stand. Die alte Scheune war dem Zerfall nahe und so wurde der Platz entsprechend eingerichtet. Herr Zulauf wurde damals beigezogen und wusste deshalb so genau Bescheid. Jeder Ort hat auch ein Gedächtnis und eine historische Vergangenheit. Man sollte doch versuchen, von einem Ort etwas von der Substanz zu erhalten, um das Gedächtnis an diesen Ort zu bewahren. Ich stelle deshalb den Antrag, dass die Gemeinde sich dafür einsetzt, dass der alte Brunnen zu Parzelle 61 erhalten bleibt und weiterhin der Bevölkerung zur Verfügung steht, wenn möglich am angestammten Ort. Man kann sich das folgendermassen vorstellen, dass so ein Brunnen zum Beispiel in einem neuen Gebäude im Erdgeschoss miteinbezogen wird. So würde der Brunnen nicht einfach verschwinden, sondern weiterhin bestehen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir werden diesen Brunnen sicher nicht veräussern, aber wir können jetzt nicht die Parzelle verkaufen und bestimmen, dass in der Mitte der Parzelle der Brunnen bestehen bleiben muss. Das können wir nicht garantieren. Wir garantieren, dass wir für den Brunnen eine gute Lösung finden.

Jacqueline Magni: Wir könnten den Brunnen doch zum Spielplatz Nüechtal verschieben.

Stefan Semela: Ich stelle zum zweiten Mal fest, dass wir hier um die Qualität der Vorlagen kämpfen. In der Parkraumbewirtschaftungsvorlage hatten wir keine Ahnung über Folgekosten. Und hier verkauft man ein Grundstück und jeder, der das schon einmal gemacht hat, weiss, dass eine Schätzung vorgenommen werden muss. Das wäre wohl kein Problem, doch da stellt sich die Frage, wie Josef sagte, dass CHF 1'500 kein Preis ist. Für mich stellt sich die

Frage, wie ist die Parzelle 61 überbaubar? Besteht eine Baulinie, wieviel m²? Können 10 Stockwerke gebaut werden? Wir haben leider keine Schätzung. Wir stehen einmal mehr wieder in der Situation, dass wir uns in einem Blindflug befinden, was den Preis betrifft. Das ist für mich als Mitglied von diesem Rat schlichtweg mühsam, sich mit solchen Vorlagen auseinandersetzen zu müssen.

Markus Renggli: Im Rat gibt es offenbar Leute, die viel über die Verhandlungen wissen und Hintergrundinformationen haben. Ich kenne weder den Käufer noch den Investor noch weiss ich, was alles gelaufen ist. Aber es gibt offenbar gewisse Gründe, warum man auf den Preis gekommen ist.

—

Keine Wortmeldungen.

—

Ursula Haag: Ich bitte nun Herr Hurter in den Ausstand. Herr Hurter ist der Käufer. Wir stimmen jetzt über den Rückweisungsantrag ab.

Peter Marten: Wenn wir die Parzelle 61 nicht verkaufen können, dann wäre die Entwicklung vom Areal Schild Ost blockiert. Da sind wir uns einig, selbst du als Platzretter, dann haben wir ein Problem. Es muss unser Ziel sein, die Parzelle zu verkaufen. Wenn wir uns jetzt darüber einigen, dass CHF 1'500 der richtige Preis ist und der Investor sagt, ich zahle das nicht, dann stehen wir je nach dem vor einem Scherbenhaufen. Wir müssen schauen, dass die Entwicklung kommt. Ich weiss nicht, ob die Möglichkeit besteht, dem Gemeinderat ein Preis-Verhandlungsmandat zu übergeben, um nicht noch einmal vor den Einwohnerrat kommen zu müssen. Offensichtlich wird der Preis bezahlt, gibt es eine Möglichkeit, einen grösseren Preis auszuhandeln oder wenn es nicht geht, dann wird der Verkauf mit CHF 1'250 abgeschlossen. Der schlimmste Fall für uns wäre, wenn der ganze Deal blockiert ist.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Herr Hurter hat verschiedene Parzellen gekauft zu einem Quadratmeter-Preis von CHF 1'400. Das war auch der von uns genannte Preis. Das war aber bevor beschlossen wurde, dass man verkaufen will ohne eine Weiterbeteiligung an den Planungskosten. Damals war die Ausgangslage, dass wir uns an den Gestaltungsplankosten im Rahmen vom Anteil des Landes partizipieren. In der Zwischenzeit bestanden verharzte Situationen, wie Sie alle aus der Presse entnehmen konnten. Darum haben wir entschieden zu stoppen und um zu verhindern, dass für uns die Kostenbeteiligung ins Grenzenlose ausartet, und haben den Preis um CHF 150 tiefer angesetzt. Durch die Kostensenkung haben wir unseren Kostenanteil quasi übernommen. Die restlich anfallenden Kosten, welche anfallen werden, muss der Investor selber tragen. Das ist die heutige Grundlage. Ändern wir nun den Verkaufspreis, dann besteht die Gefahr, dass der Käufer nicht kaufen wird. Auf dem erste Gestaltungsplan, welcher eingereicht wurde, wurde unsere Parzelle ausgegrenzt. Das ist rechtlich natürlich nicht möglich. Ich möchte schon beliebt machen, dass der vorgeschlagene Preis in etwa stimmig ist. Wir können wohl eine Analyse durch ein Beraterbüro ausarbeiten lassen, welche Geld kostet. Dann haben wir eine Analyse, welche vielleicht ein Resultat mit CHF 2'000 definiert. Dann sagt der Käufer, da mache ich nicht mit.

Erich Schmid: Ja, Peter, wir wollen, dass die Entwicklung vorwärtsgeht. Doch der Käufer will auch. Der Käufer überlegt sich, wie lange er Zinsen zahlt für das Land, welches er kaufte, und für Land, welches er erbt und nun nicht weiterentwickeln kann. Wir sprechen von einem Millionenprojekt. Die CHF 1'500, Josef erwähnte das schon, sind immer noch zu günstig. Man kann es nicht direkt bebauen, da hast Du auch recht, Stefan, das ist Parzelle 111. Doch ohne Parzelle 61 ist die Ausnützung ein Problem. Es können dann nicht 10 Stockwerke gebaut werden, sondern nur 8, dann fällt der Preis zusammen. Ich habe kein Gutachten erstellt, ich kann das auch nicht. Doch die CHF 1'500 sind zu tief, da bin ich überzeugt. Deshalb wurde der Antrag gestellt.

Peter Marten: Was passiert, wenn der Käufer diesen Betrag nicht bezahlen will?

Erich Schmid: Dann warten wir noch zwei bis drei Jahre. Wir haben mehr Zeit als der Kaufinteressent.

Peter Marten: Ich habe das Gefühl, dass in der Gemeinde schon genügend Projekte vorhanden sind, welche nicht vorwärtskommen.

Marcel Müller: Ich muss jetzt mein Erstaunen zum Ausdruck bringen. Entweder sprechen wir von CHF 1'500 pro m² oder von CHF 1'250 pro m². Kommt dort ein gutes Projekt zu stehen, bei welchem unser Gewerbe mitarbeiten kann, wo Leute wohnen werden, wo Gewerbe ihren Sitz einnehmen kann, wo Steuererträge generiert werden, da sind wir sehr kleinkrämerisch, wegen CHF 250 pro m². Mir ist viel wichtiger, dass dort jetzt ein Projekt kommt. Ob wir CHF 1'250 oder CHF 1'500 bekommen, da müssten wir wenn schon CHF 2'500 oder 3'000 verlangen. Wir müssen betreffend Abstimmung aufpassen, der Käufer kauft alles zusammen, besitzt dann ein super Areal, welches wertmässig höher ist als einzelne Parzellen. Er kann das an einen anderen Investor verkaufen, welcher grosse finanzielle Mittel hat. Mit dem Antrag von Peter Marten können wir partizipieren und CHF 3'000 pro m² verlangen.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungen

Der Antrag von Erich Schmid: Der Einwohnerrat stimmt dem Verkauf der Parzelle 61 an die Entwicklungsträger des Markthofs Schild Ost zu einem Preis von mindestens CHF 1'500 pro m² zu

wird dem

Antrag des Gemeinderates: Der Einwohnerrat stimmt dem Verkauf der Parzelle 61 an die Entwicklungsträger des Markthofs Schild Ost zu einem Preis von mindestens CHF 1'250 pro m² zu

gegenüber gestellt.

Der Antrag von Erich Schmid erhält 8 Stimmen. Der Antrag des Gemeinderates erhält 27 Stimmen.

Zusatzantrag FDP: Es sei im Kaufvertrag für den Fall des Verkaufs der Parzelle 61 vor der Realisierung der Gesamtüberbauung Schild Ost ein Gewinnanteilsrecht für die Gemeinde zu vereinbaren.

Der Zusatzantrag der FDP wird einstimmig angenommen.

Antrag Erich Schmid: Im Vorvertrag mit den Entwicklungsträgern für den Kauf der Parzelle 61 wird eine Frist 31.12.2022 für den effektiven Verkauf definiert. Zu diesem Zeitpunkt muss die Baugenehmigung vorliegen, ansonsten der Vorvertrag seine Gültigkeit verliert.

Der Antrag wird mit 25 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Antrag Christian Keller: Der Gemeinderat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass der alte Brunnen von Parzelle 61 erhalten bleibt und der Bevölkerung auch in Zukunft zur Verfügung steht, wenn möglich am angestammten Ort.

Der Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Schlussabstimmung: Der Einwohnerrat stimmt dem Verkauf der Parzelle 61 an die Entwicklungsträger des Markthofs Schild Ost zu einem Preis von mindestens CHF 1'250 pro m² mit Gewinnanteilsrecht und Erhaltung des Brunnens zu.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Patrick Hehli: Ich staune etwas. Es wurde über den Preis diskutiert, Szenarien diskutiert, dass, wenn der höhere Preis nicht bezahlt wird, die Parzelle nicht veräussert wird. Wer von euch kauft ein Stück Land, auf welchem ein Brunnen aus dem Jahr 1918 steht, und wo ich ein Projekt um den Brunnen planen muss. Für mich wäre selbstverständlich gewesen, dass der Brunnen irgendwo erhalten bleibt.

10	Kreditabrechnungen
2012.36	Spiel- und Begegnungsanlagen Bachmatt und Grütt
2014.18	Tobelstrasse, Kirchdorf; Strassen- und Werkleitungssanierung
2015.04	Gemeindsaal Nussbaumen; Ersatz der Lichtsteuerung

Eintreten wird nicht bestritten.

Erich Schmid: Ich habe eine persönliche Anmerkung vorzubringen. Wir haben über Begegnungsanlage Grütt und Bachmatt vor 2 ½ Jahre relativ intensiv gestritten mit verschiedenen Anträgen. Der Antrag des Gemeinderates lautet über CHF 450'000 oder CHF 420'000. Wir hatten Anträge in der Grössenordnung von CHF 200'000, wie ich mich recht erinnere. Wir haben uns für maximal CHF 300'000 geeinigt. Die Kreditabrechnung wurde nun dank Spenden mit CHF 306'000 abgeschlossen, sonst wären es CHF 320'000 gewesen. Es fehlt eine Kommentierung des Gemeinderates und der Finanzkommission. Mein Verständnis über den damaligen Beschluss lautet Maximum ist Maximum.

Patrick Hehli: Wir von der SVP möchten uns an dieser Stelle für die ausführliche Berichterstattung und für die Arbeit der Finanzkommission bedanken, und dass es nun wirklich spürbar rasant mit den Kreditabrechnungen vorwärtsgeht. Begegnungsplatz Gemeindehaus. Wir haben wirklich lange über dieses Traktandum diskutiert. Im Protokoll kann nachgelesen werden, dass sogar Rückweisungsanträge gestellt wurden, ursprünglich hat man von CHF 400'000 gesprochen. Nach langem hin und her einigte man sich auf ein Kostendach von CHF 300'000. Ich frage mich schon, was die Gemeinde unter Kostendach versteht. Ein Kostendach ist für mich fest gegeben. Deshalb bin ich über die Abrechnung enttäuscht. Erich hat es bereits erwähnt, dass die Abrechnung eine Überschreitung von fast CHF 20'000 aufzeigt. Durch Sammelaktionen konnte die Abrechnung nach unten korrigiert werden, notabene von Gemeindeangestellten initialisiert, welche Lohnbezüger der Gemeinde sind. Da frage ich mich schon, ob dies der richtige Weg ist, wenn im gleichen Atemzug ein Jugendfestkomitee mit einem offiziellen Spendensuchverbot belegt wurde. Ich weiss nicht, ob hier mit gleichen Ellen gemessen wird. Ich bitte den Rat inständig, in Zukunft Beschlüsse vom Einwohnerrat zu akzeptieren. Ein Kostendach ist ein Dach, welches als Puffer zu betrachten ist. Wir haben heute schon einmal mögliche Lösungen an Kostendächer vom Finanzkommissionpräsident gehört. Ein Kostendach soll in Zukunft nicht einfach überschritten werden.

Peter Marten: Die Spenden erfolgten nicht nur durch Sammelaktionen, sondern es steht ein tragisches Ereignis hinter den Spenden, welcher die Spenden auslöste. Es handelte sich um einen Todesfall, welche einen grossen Teil des Geldes auslösten. Ja, ich war inkonsequent, ich

gebe das zu. Eigentlich müsste ich sagen, Kostendach überschritten. Aber ich war auch pragmatisch. Doch sehen Sie tagtäglich die vielen Kinder, welche dort spielen. Da muss ich sagen, mit Mehrkosten von CHF 6'000 mit 2 % kann ich leben, auch mit meiner in diesem Fall Inkonzessenz.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungen

Folgende Kreditabrechnungen werden genehmigt:

a) Ersatz Lichtsteuerung Gemeindesaal	CHF 95'983.40
b) Sanierung Tobelstrasse, Strassenbau	CHF 373'920.05
c) Sanierung Tobelstrasse, Wasserversorgung	CHF 330'030.95
d) Sanierung Tobelstrasse, Kanalisation	CHF 67'595.60
e) Spiel- und Begegnungsanlagen Grütt und Bachmatt	CHF 306'670.85

Die Kreditabrechnungen werden alle zusammen mit 35 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen angenommen.

11 2016.23 Postulat Anna-Katharina Hess betreffend Ausführungsrichtlinien Tromsberg

Eintreten wird nicht bestritten.

Anna-Katharina Hess: Es geht nicht darum, mit diesem Postulat die BNO abzuändern, dafür hätte ja eine Motion eingereicht werden müssen. Es geht darum, dass die Ausführungsbestimmungen, welche den Vollzug der Dorfbildvorschriften regeln, detaillierter zu regeln sind und angepasst werden müssen. Es zeigte sich, dass die Ortsbildkommission die geltenden Ausführungsbestimmungen Tromsberg, welche vom Gemeinderat erlassen wurden, buchstabengetreuer anwenden als bisher. Es geht nicht um ein aktuelles Einzelinteresse, sondern um alle Neu- und Umgestaltungen von Aussenräumen. Das Zitat aus der BNO, § 17 Abs. 1, soll möglich sein. Die Dorfzone dient der Erhaltung und zeitgemässen Entwicklung die traditionellen Dorfteile mit den ortstypischen Bauten, der Strassen- und Freiräume sowie die weiteren prägenden Elemente wie Vorgärten, Plätze, Einfriedungen, Bäume etc. Zu einer zeitgemässen Entwicklung gehört aber auch, dass ein Aussenraum den heutigen Bedürfnissen einer Familie mit Kindern gerecht werden kann. Die im Postulat aufgeführten Punkte sollten angepasst werden und zwar wie folgt: 1. Das Erstellen von waagrechten Flächen für Kinderspiele soll möglich sein. 2. Die Transparenz soll nicht in Richtung Tal sein, sondern von der Strasse Richtung Hausfassade. 3. Bepflanzungen von Privatgärten sollen zurückhaltend reguliert und die Bedürfnisse der Besitzerfamilien berücksichtigt werden. Denken Sie daran, dass Pflanzen gedeihen und sterben. Möchte jemand nun eine neue Bepflanzung umsetzen, dann muss zuerst von der Bauverwaltung geprüft und anschliessend überwacht werden. Die Forderungen meines Postulates gelten für alle anderen Dorfzonen gemäss § 17 BNO in unserer Gemeinde. § 69, welcher die Gestaltung von Aussenräumen regelt, gilt auch für das ganze Baugebiet. Darum möchte ich alle hier darum bitten, das Anliegen für die Bewohner in Dorfzonen an den Gemeinderat zu überweisen. Ich bin dem Gemeinderat dankbar für das Entgegennehmen meines Postulates.

Theo Flückiger: Ich sehe das anders. Ich bin Mitglied in der Planungskommission und wir erarbeiten mit andern Leuten die Richtlinien. Da steckt viel Wissen drin und das wird nicht zufällig so angelegt. Ich denke, man macht sich viele Gedanken, warum sich ein Gebiet so entwickeln soll, warum soll der Tromsberg nicht gleich aussehen wie Rieden, warum wollen wir die

verschiedenen Erscheinungsbilder. Das sind Prozesse, welche relativ lange aufgegleist wurden und die Richtlinien wurden nicht zufällig so gewählt. Will man einen Spielplatz mit waagrecht Flächen, dann hat man schlussendlich die falsche Parzelle gekauft, wenn die Parzelle am Hang liegt. Ich meinte, es gibt gewisse Grundsätze, welche im Tromsberg anders sind. Kauft man sich dort eine Parzelle, dann weiss man das und soll sich gemäss den Richtlinien orientieren, deshalb sollte das nicht so einfach abgeändert werden können.

Anna-Katharina Hess: Überall auf dem Tromsberg hat es auch waagrechte Zonen, früher war das auch bei Hofeinfahrten der Fall oder auch der Ort, wo der Auffahrtsgottesdienst stattgefunden hat. Man könnte ja sonst keine Tische stellen, wenn waagrechte Flächen fehlen würden. Darum wurde das Postulat gestellt, damit dies weiter einbezogen werden kann.

Abstimmung

Das Postulat Anna-Katharina Hess betreffend Ausführungsrichtlinien Tromsberg, sei dem Gemeinderat zu überweisen.

Der Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

12 2016.24 Postulat CVP-Fraktion betreffend Einführung einer Geschäftsleitung in der Verwaltung

Eintreten wird nicht bestritten.

Erich Schmid: Ich wurde gefragt, warum ich dieses Postulat eingereicht habe, ob ich das Pensum vom Gemeindeammann reduzieren wollte. Ich möchte eine Vereinfachung in der Verwaltung erreichen, weil es sinnvoll ist und dass dies nun untersucht wird. Wir haben in letzter Zeit verschiedentlich den Gemeinderat kritisiert, dass er zu wenig in die Strategie investiere, zum Beispiel in der Formulierung der Legislaturzielen aber auch an anderen Orten. Lesen wir nun im Rechenschaftsbericht, dass der Gemeinderat im letzten Jahr an 46 Sitzungen 862 Geschäfte erledigt, dann sehen wir, dass das sehr viele Geschäfte sind. Ich denke, wir haben eine kompetente Verwaltung, welche einige operativen Geschäfte selber entscheiden könnte. Der Gemeinderat soll die grossen operativen Geschäfte angehen und vor allem mehr Zeit für Strategiesachen haben. Es freut mich, dass der Gemeinderat das Postulat entgegen nimmt, und bin auf das Ergebnis gespannt.

Abstimmung

Das Postulat CVP-Fraktion betreffend Einführung einer Geschäftsleitung in der Verwaltung, sei dem Gemeinderat zu überweisen.

Der Antrag wird mit 33 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und einer Enthaltung angenommen.

13 2016.25 Postulat Fraktion SP/Grüne betreffend Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden und Dritten

Eintreten wird nicht bestritten.

Theo Flückiger: Wir würden gerne an unserem ursprünglichen Postulat festhalten. Wenn wir sehen, was der Gemeinderat gerne prüfen möchte, dann sind das eigentlich nicht die Punkte, welche uns weiterbringen. Da prüft man, ob eine Zusammenarbeit bereits umgesetzt ist. Uns interessiert aber der andere Teil. Es ist sicher wertvoll, dass man als Auslegeordnung aufzeigt, was schon erreicht wurde und wo wir bereits eine Zusammenarbeit haben. Das Aufzuzeigen ist nicht der entscheidende Punkt, sondern schlussendlich geht es darum, eine effiziente Gemeinde zu haben. Dafür wäre eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden interessant. Auf der anderen Seite können wir auch die Gemeinde verstehen, denn die Kapazitäten sind eingeschränkt. Es können nicht beliebig viele Abklärungen und Aufwendungen betrieben werden. In diesem Sinne schlagen wir vor, dass man zusammensitzt und prüft, wo mögliches Potenzial für eine Zusammenarbeit besteht und sicher gewisse Bereiche zu streichen sind, weil man sieht, dass es nicht zielführend ist. Den ganzen Punkt 3 und 4 von unserem Postulat wegzulassen, ist Potenzial verspielt. Wir möchten an unserem Postulat festhalten mit der Ergänzung, zusammensitzen und Schwerpunkte zu setzen.

Abstimmung

Das Postulat Fraktion SP/Grüne betreffend Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden und Dritten, sei dem Gemeinderat zu überweisen.

Der Antrag wird mit 17 Ja-Stimmen zu 16-Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

14 2016.26 Umfrage

Ursula Haag: Ich habe immer noch meine Altlast vom Fussballturnier anlässlich des Wettingerfests. Wenn sich jetzt niemand meldet, der Anmeldeschluss ist der 24. Juni 2016, dann entschuldige ich uns.

Patrick Hehli: Ich komme auf das Traktandum 2 zurück, nicht auf den Entscheid betr. Spielplatz, sondern auf die Art und Weise, wie es a) zur Traktandenverschiebung gekommen ist und b) wie das gehandhabt wurde. Ich möchte darauf hinweisen, dass ich als Privatperson spreche und nicht im Namen der SVP. Ich störe mich an der Sache, weil a) durch Dritte der Takt vorgegeben werden kann, wann ein Projekt fertig gestellt wird. Das 72-Stunden-Projekt war damals nicht mit der Gemeinde abgesprochen worden. Ich bin Vater von 3 Kindern und ich habe nichts gegen solche Sachen, ich finde solche Projekte und solche Organisationen gut. Aber irgendwo müssen Grenzen gesetzt werden. Diejenige, welche das Projekt geleitet haben, sind von der Gemeinde bezahlt, Jugendnetzangestellte, also von Steuergeldern bezahlt. Ich denke, es gibt einen gewissen Verhaltenskodex. Wir sind zusammen mit dem Gemeinderat eine politische Behörde und es kann nicht sein, dass eine von der Gemeinde angestellte Person den Takt vorgibt. In der Zeitung stand ein Artikel bezüglich Spiel- und Begegnungsplatz Nüechtal, ich möchte diesbezüglich wissen, ob es sich dabei um ein Inserat oder eine Anzeige handelte. Ein Inserat kostet doch einiges. Was ich aber ungeheuerlich finde und was mich dazu veranlasste, etwas zu sagen, war der Brief, welcher an die Teilnehmer verschickt wurde, teilweise fett geschrieben. Wenn Sie diesen Brief lesen, dann suggeriert dies den Jugendlichen ein falsches Bild über den politischen Ablauf. Wir hatten interveniert, weil ursprünglich eine grössere Aktion geplant war. Das ist wirklich Guerilla-mässig. Ich möchte

schon beliebt machen, dass man den Gemeindeangestellten aufzeigt, wie die Abläufe korrekt sind. Der Einsatz in Ehren, doch ich finde, der soll auf der politischen Seite abgesprochen werden. Ich bin seitens Personalführung enttäuscht, dass mit den betroffenen Gemeindeangestellten kein ernsthaftes Wort geführt wurde. Ich bin persönlich der Meinung, dass das heutige Vorgehen der falsche Weg ist und bei den Jugendlichen ein falsches Bild über die Politik suggeriert.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Mit der Kommission öffentlicher Raum haben wir vereinbart, dass die Kinder, welche sich am 72-Stunden-Projekt beteiligten, an der heutigen Einwohnerratssitzung als Gast Einsitz nehmen dürfen. Es wurde aber nicht vereinbart, dass ein Aufruf für die längere Rutschbahn lanciert wird. Es macht keinen Sinn, wenn die Kommission eine abgeseckte Variante vorlegt und die lange Rutschbahn und den Brunnen als Option eingebracht wird. Ich habe mit dem betreffenden Mitarbeiter gesprochen. Die ganze Sache ist aus einem Enthusiasmus entstanden und nicht aus Bösartigkeit. Er hat auch die Funktion im Rahmen der Jugendverbände United Siggenthal, wo er freiwillig dabei ist. Die dort aufgewendete Arbeitszeit ist nicht auf Kosten Gemeinde gelaufen, sondern es war Freiwilligenarbeit.

Eugen Paul Frunz: Wir haben neue rote, durchsichtige Kehrichtsäcke. Das finde ich etwas unglücklich und ökologisch schlecht, denn der Strasse entlang stehen nun die neuen Säcke mit einem zusätzlichen schwarzen Sack, damit man nicht sieht, was weggeworfen wird. Wer stellt die Kehrichtsäcke her? Das Geld, welches eingespart wird, was passiert damit? Eigentlich müssten dann die Kehrichtgebühren angepasst werden. Das Geld ist ja zweckgebunden.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Das ist im Moment ein wirklich heisses Thema im Dorf. Wir haben einen neuen Lieferanten, ich weiss den Namen nicht auswendig, aber Du kannst Morgen gerne bei der Abteilung Bau und Planung nachfragen. Tatsächlich sind die Kehrichtsäcke günstiger. Jetzt beginnen wir schon über Normen zu streiten betr. Reissfestigkeit des Sackes und des Bandes. Ich beteilige mich im Moment noch nicht an dieser Diskussion. Uns wurden diesbezüglich Zahlen vorgelegt, welche aufzeigten, dass diese Kehrichtsäcke genauso halten sollten wie die bisherigen. Die tieferen Kosten sollten sich in der Abfallkasse niederschlagen, das ist richtig. Doch dass sofort die Kehrichtsackgebühren reduziert werden sollen, davon gehen wir noch nicht aus. Wir haben mindestens noch 35'000 Stück von den 35-Liter Säcken, die werden wir zuerst aufbrauchen. Durchsichtige Säcke gibt es auch in anderen Gemeinden. Dies stört offensichtlich einige Leute. Im Moment kann ich noch nicht mehr dazu sagen. Wer das Gefühl hat, eine wirklich schlechte Rolle zu bekommen, kann diese bei der Abteilung Bau und Planung umtauschen. Grundsätzlich sind wir Meinung, dass die den Normen betr. Reissfestigkeit des Sackes und des Bandes entsprechen.

Denise Hunziker: Ich habe zwei Anliegen. Das erste Anliegen betrifft unsere rechte Seite vom Rat. Wenn man einem Verein öffentlich und auch im Einwohnerrat Guerilla-Taktik vorwirft und damit diskreditiert, dann bitte nehmt den richtigen Verein. Die Jugendlobby hat mit dieser ganzen Sache überhaupt nichts zu tun. Ich finde es echt dramatisch, wenn man nach 10 Jahren den Unterschied Jugendnetz und Jugendlobby nicht sieht. Ich bitte Euch, in Zukunft darauf besser zu achten. Mit dem Zeitungsartikel, Eugen, hast du Leute öffentlich angegriffen, welche mit dem allen überhaupt nichts zu tun hatten. Das zweite Anliegen betrifft auch die Abfallsäcke. Ich habe Kontakt mit einer relativ breiten Schicht der Bevölkerung. Ich übertreibe nicht, aber es haben sich sicher bis zu 50 Leute an mich gewandt wegen diesen neuen Kehrichtsäcken. Ich habe die gleichen Erfahrungen gemacht wie die Leute, welche mich angesprochen haben. Ehrlich gesagt, diese Säcke reissen leicht und sind schlecht füllbar und die Bündel halten schlichtweg nicht. Ich als Mutter eines 1-jährigen Kindes muss Windeln entsorgen. Ich bringe knapp die Hälfte bis $\frac{3}{4}$ des Gewichtes des alten Kehrichtsackes rein. Für mich heisst das, dass die Qualität dramatisch gelitten hat. Die Gebühren sind noch gleich. Ich bitte Euch, dass wir wieder qualitativ gute Abfallsäcke bekommen. Unsere ältere Bevölkerung benötigt oft Material zur Unterstützung ihres Lebens. Mit den durchsichtigen Kehrichtsäcken sind sie jetzt gezwungen, preiszugeben, was alles im Abfallsäcken steckt. Klar kann ein schwarzer Sack in den durchsichtigen Sack gesetzt werden, doch das ist Mehraufwand und wir sollten

nicht genötigt werden, dies zu tun, auch im Hinblick auf die Kosten, welche für die Kehrichtsäcke bezahlt werden. Ich bitte den Gemeinderat zu überlegen, ob dies der Bevölkerung weiterhin angetan werden soll oder nicht. Ich sagte jeder Person, sich direkt bei der Gemeinde zu beschweren. Ich habe dies allen ans Herz gelegt.

Marcel Müller: Bei den neuen Säcken wird unterschätzt, dass ein gewisses Diskretionsbedürfnis besteht, wie zum Beispiel beim Entsorgen von Bankbelegen, Hilfsmitteln etc. Auch wenn andere Gemeinden solche Säcke haben, heisst das noch lange nicht, dass wir solchen Unsinn übernehmen müssen. Der Privatschutz der Bevölkerung darf nicht unterschätzt werden. Es kann sicher nicht sein, dass die Leute die Säcke nicht brauchen und den Abfall irgendwie entsorgen mit Verbrennen oder im Wald. Kostet ein Sack 10 Rappen weniger oder mehr, spielt keine Rolle.

Denise Hunziker: Zu den neuen Säcken möchte ich noch auf eine von mir gemachte Beobachtung in den letzten Wochen hinweisen, denn diese neuen Säcke werden von den Tieren aufgerissen. Das sollte nicht sein.

Markus Renggli: Es geht um die Berichterstattung der letzten Einwohnerratssitzung in der Rundschau. Ich bin froh, dass der Berichterstatter weiss, wie der Einwohnerrat richtig entscheiden soll. Das ist ironisch gemeint. Es stand schon in der Einleitung als Zitat, als eigene Meinung des Autors übernommen, ich zitiere: Doch nun besteht die Gefahr, dass die Entwicklung in Richtung zum zu Tode Sparen geht. Das war die Einleitung. Es handelte sich um das Strassenprojekt. Die Frage, ob der Einwohnerrat hinsichtlich der fehlenden Mittel in der Kasse richtig reagierte, wurden für die dringendsten Investitionen grünes Licht gegeben, sei hier erlaubt. Es war ein Berichterstattersteil und 2/3 haben das Projekt abgelehnt und heute wurden einige Sachen bewilligt, also von zu Tode Sparen kann keine Rede sein. Auch dass wir richtig oder nicht richtig entscheiden, gehört in einen Kommentar aber nicht in eine Berichterstattung einer Einwohnerratssitzung. Das ist meine Meinung. Ich bin nun auf den neuen Bericht gespannt.

Erich Schmid: Es geht um Einzonungen. Wir haben vom Schild Ost und Oederlin Areal gehört, Doch wir haben auch noch im Augebiet und im Häfelerhau eingezont und wir hören gar nichts darüber. Wie ist der Stand mit Gestaltungsplan und den anderen Sachen? Ich erwarte keine spontane Antwort, doch ich wäre um eine Zwischeninformation froh. Dann haben wir im Dezember 2014 ein dringendes Postulat von Christian Bossard überwiesen betr. Schulraumplanung. Wir haben im letzten Dezember gehört, dass es an der März-Versammlung traktandiert werde, im März haben wir gehört, es wird an der Juni-Sitzung traktandiert. Es wurde nun eine Einladung für die Information versandt für übermorgen. Das Postulat wird nun im September traktandiert. Eine dringende Motion ist innerhalb eines Jahres zu behandeln, das heisst im letzten Dezember. Ich bin nicht kleinlich, wenn ich sage, ich habe kein Problem, wenn das Geschäft an der März-Sitzung traktandiert wird. Ich habe einfach ein Problem damit, wenn anstelle eines Jahres der Gemeinderat die Behandlungsfrist auf 21 Monate ausweitet. Ich finde die angekündigte Informationsveranstaltung gut. Ich bin sicher, den Bericht haben nicht alle verstanden, ich jedenfalls habe nicht alles verstanden, obwohl ich es gewohnt bin, Berichte zu lesen. Unglücklich ist, dass wir heute 12 Geschäfte traktandiert hatten, welche relativ intensive Vorbereitungszeit brauchten, und zwei Tage später findet eine wichtige Informationsveranstaltung statt, welche ebenfalls Zeit beansprucht, den Bericht zu studieren. Die Terminplanung finde ich absolut schlecht. Ich weise bereits heute darauf hin, sollte im September betr. Schulraumplanung über gewisse Massnahmen abgestimmt werden, dass ich dann nicht hören will, dass wir das so und so umsetzen müssen wegen Terminproblemen. Sonst hätten die Schüler im Sommer 2017 kein Platz. Denn die Verzögerung erfolgte durch den Gemeinderat. Wir haben es an der Dezembersitzung und an der Januarsitzung bereits andiskutiert.

Peter Marten: Es ist bereits wieder 23.30 Uhr und wir haben eine intensive Einwohnerratssitzung geführt. Sehe ich nun die Traktandenliste für die Septembereinwohnerratssitzung mit Schulraumplanung, Arbeitsgruppe Finanzen und mehr, dann wäre mein Wunsch an das Ratsbüro,

die Sitzung so zu planen, dass zwei oder drei Traktanden behandelt werden, welche wohl zeitmässig intensiv vorbereitet werden müssen und die dann gut vorbereitet behandelt werden können. Sitzungen bis fast Mitternacht bringen nichts.

Patrick Hehli: In der letzten Zeit häuft es sich, dass unsere Einwohnerratssitzung bis 23.00 Uhr, 24.00 Uhr oder noch länger dauern. Ich möchte für die Planung 2017 beliebt machen, dass wir einen zusätzlichen Termin bestimmen. Stehen keine oder nur wenigen Geschäfte an, kann die Sitzung immer noch gestrichen werden. Ich glaube, es wurde bereits an der letzten Sitzung von Erich beliebt gemacht, korrigiere mich, wenn ich falsch bin, dass möglichst schnell ein zweiter Termin im Juni hätte festgesetzt werden können. Es ist daraufhin nichts passiert.

Urs Müller: Ich kritisiere nicht gern. Doch ist stelle fest, dass die Dauer der Sitzung an uns liegt. Ich war früher bereits im Einwohnerrat. Dort war es üblich, dass man ein Votum hatte und dazu vielleicht Stellung nahm. Aber heute machen wir Ping Pong im Einwohnerrat, was nicht nötig wäre.

Ursula Haag: Wir kommen zum Schluss dieser Sitzung um 23.30 Uhr.

Die Präsidentin:

Ursula Haag

Die Protokollführerin:

Romana Hächler